

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a. :

- Milchmengenregulierung für faire Erzeugerpreise
- Agrarindustrie-„Bio“-Verband
- Staatliches „Tierwohl“-Label
- Grüne und Greenpeace zur Tierhaltung
- „Wiesenhof“-Schlachthof-Pläne
- Junge ISN-Exkursion in den Balkan
- Osnabrücker Bischof zur Tierhaltung
- Lohndumping bei Spargelernte?
- Phosphat aus Klärschlamm
- Versammlung der Hamburger Getreidebörse kontrovers zu Postwachstums-Vortrag
- Wolfsriss-Gutachter im Zwielficht
- Rechtslage verhindert Tötung von überfahrenem, leidendem Wolf
- Ex-Landvolk-Funktionär – Millionenzahlungen
- Französischer Wahlkampf: Gibt es Gründe für „Anti-Germanismus“?
- Rinder-Haltungs-Formen
- Welternährungs-Debatte
- Interview mit „Rügenwalder Mühle“
- Bentheimer Schwein
- Veranstaltungshinweise

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:

Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel

0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 14.04.2017

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

CDU Bruchhausen-Vilsen - 11.04.2017:

**Axel Knoerig lud zu Hofgespräch mit Kartellamtschef
Mundt in Siedenhäuser Molkerei, Rehden: Dialog über
Reformbedarf in der Milchwirtschaft**

Bundestagsabgeordneter Axel Knoerig lud in der vergangenen Woche Bundeskartellamtschef Andreas Mundt, heimische Landwirte sowie Ottmar Ilchmann (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.), Dr. Jochen Thiering und Stefan Meyer vom Landvolk Grafschaft Diepholz sowie Landtagskandidat Marcel Scharrelmann zu einem Hofgespräch in die Siedenhäuser Molkerei von Wolfgang Johanning nach Rehden.

Knoerig, im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie zuständig für die Milchwirtschaft, führte aus, dass die Erholung des Milchmarktes durch die steigenden Milchpreise dazu führen muss, dass die Milcherzeuger gewinnbringend produzieren. „Die Instrumente zur Abfederung von Marktschwankungen müssen auf den Tisch und die Wettbewerbsbedingungen

reformiert werden. Es kann nicht sein, dass der Milcherzeuger als schwächstes Glied in der Wert- schöpfungskette die Kosten und niedrigen Margen vom Lebensmitteleinzel- handel und den Molkereien durchgereicht bekommt“, so Knoerig in einer Pressemitteilung.

Kartellamtschef Mundt verwies auf die neue Studie zum „Sachstand im Verfahren zu Lieferbedingungen für Rohmilch“, die auf Zustimmung der Zuhörer stieß. Dort wird eine Reform der Wettbewerbsbedingungen des Milchmarktes dringend empfohlen, um die Milcherzeuger zu stärken. Das kann vor allem durch eine Festlegung des Milchauszahlungspreises vor der Lieferung, durch die Vereinbarung von festen Liefermengen und durch kürzere Vertragslaufzei- ten der Milcherzeuger mit den Molkereien erreicht werden.

Knoerig und Mundt kamen überein, dass die Andienungspflicht marktgerecht überarbeitet werden muss. „Die bisherigen Mittel der Bundespolitik zur Stär kung des Milchmarktes im Volumen von 580 Mio. Euro können aus Sicht der Landwirte kein Dauerzustand sein“, so Knoerig bilanzierend.

Mundt war zum zweiten Mal bei Knoerig im Wahlkreis: „Als wir vor zwei Jah ren mit den Hofgesprächen begannen, lag ein großer Berg vor uns. Heute sind wir noch nicht über den Berg. Aber wir sind, auch dank des Bundeskartellam tes, auf einem guten Weg“, bilanzierte Axel Knoerig.

11.04.2017, 21:52 Uhr

Ältere Artikel finden Sie im [Archiv](#).

MEG Milch Board:

Mengenreduktionsprogramm hat positiven Preiseffekt

Milch Marker Index bei 105 / Unterdeckung der Milcherzeugungskosten beträgt immer noch 23 Prozent

Göttingen, 13. April 2017

Der aktuelle MMI vom Januar 2017 liegt mit 105 Indexpunkten deutlich unter dem Jahresdurchschnitt von 108 im Jahr 2016. Im Vergleich zur letzten Berechnung des MMI sind die Milcherzeugungskosten um weitere 1,03 Cent pro Kilogramm auf 43,74 Cent pro Kilogramm gesunken. **In diesen Zahlen zeigt sich das fortdauernde Bemühen der Milcherzeugungsbetriebe um Kostensenkungen angesichts eines Milchauszahlungspreises, der mit 33,76 Cent pro Kilogramm Milch immer noch rund 10 Cent von einer Kostendeckung entfernt ist.** Der an die Erzeuger ausgezahlte Milchpreis wurde von den Molkereien seit Oktober 2016 bis zum Januar 2017 um immerhin 3,6 Cent pro Kilogramm Milch angehoben, **womit sich die Unterdeckung auf 23 Prozent verringert hat.**

Der Rückgang der Erzeugungskosten ist vor allem auf reduzierte Ausgaben für zugekauftes Futter und gestiegene Rindererlöse

zurückzuführen. Kostensenkungen beim zugekauften Futter gab es in allen Bundesländern, die Rindererlöse verbesserten sich vor allem im Norden.

Durch die im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2016 größeren Anstiege der Milchauszahlungspreise in der Region Nord von 26,86 Cent pro Kilogramm auf 33,36 Cent und im Osten von 27,27 auf 33,85 Cent kehrte sich das im letzten Jahr beobachtete Süd-Nord-Gefälle bei der Preis-Kosten-Schere nun wieder um: Während sich im Norden und Osten die Kostenunterdeckung von 35 auf 15 Prozent reduzierte, verharrt sie im Süden noch bei 30 Prozent. Im Süden war der Anstieg der Milchauszahlungspreise im selben Zeitraum von 29,52 Cent pro Kilogramm auf 34,21 Cent um fast zwei Cent geringer ausgefallen, so dass sich die Preis- Kosten-Schere weniger stark schließen konnte. Die Unterdeckung verringerte sich hier nur um 10 Prozent.

Ordnungspolitisches Eingreifen ist erforderlich

Mit dem leicht gesunkenen Milch Marker Index und den etwas gestiegenen Milchauszahlungspreisen hat sich die Lage für die Milcherzeuger geringfügig entspannt. Gleichwohl haben wir es nach wie vor mit einer signifikanten Unterdeckung zu tun. Dazu erklärt Peter Guhl, der Vorstandsvorsitzende der MEG Milch Board: „Die tiefen finanziellen Löcher, die die Niedrigpreisphase im letzten Jahr auf den Höfen hinterlassen hat, sind noch lange nicht gestopft.“ Ob das berühmte Licht am Ende des Tunnels zu sehen ist, wagt er zu bezweifeln. Den Grund könne man in der erneuten Intervention im Milchpulverbereich erkennen.

Für Guhl steht eindeutig fest, dass der Staat beziehungsweise die EU ordnungspolitisch eingreifen muss, wenn zu viel Milch am Markt ist. „Den Preiseffekt hat das Milchmengenreduktionsprogramm eindrucksvoll belegt: In Deutschland wurden 235.110 Tonnen weniger produziert. Das waren zwar nur rund 0,7 Prozent der Jahresmilchmenge, aber binnen kürzester Zeit stiegen die Milchauszahlungspreise deutlich an, was sich auch in der Preis-Kosten-Ratio widerspiegelt.“

Bundesminister Schmidt meint nun, das Thünen Institut mit der Prüfung beauftragen zu müssen, was das Mengenreduzierungsprogramm gebracht hat. Dazu erklärt Guhl: „Die Preis-Kosten-Ratio beweist eindeutig die Wirksamkeit mengenreduzierender Maßnahmen. Insofern ist der Auftrag überflüssig. Die Milcherzeuger wissen, dass Wichtigeres zu untersuchen ist.“

Die MEG Milch Board bleibt dabei: Die wesentliche Erkenntnis aus den vergangenen Milch Krisen und aus dem Sachstandsbericht des Bundeskartellamtes ist diejenige, dass auf dem Milchmarkt kein oder nur rudimentärer Wettbewerb stattfindet. Die schon vor mehr als zwei Jahren vorgestellte RoadMap Milch & Markt der MEG Milch Board fordert deshalb für alle Bereiche die vertragsgebundene Milcherzeugung. Nur dieser Weg wird in Verbindung mit wirksamen Kriseninstrumenten zukünftige Verwerfungen des Milchauszahlungspreises verhindern helfen.

Pressekontakt:

Dr. Ute Zöllner, MEG Milch Board w. V.

Stresemannstr. 24, 37079 Göttingen

Tel.: (0551) 50 76 49 11 Fax (0551) 50 76 49 10

E-Mail: u.zoellner@milch-board.de

www.milch-board.de

BDM-Mitglieder-Info

Niedersachsen: Landvolk/Bauernverband kontra Milchviehalter?

„Niedersachsens Milchbauern sind gegen staatliche Marktregulierung“, mit dieser Überschrift wird der Vizepräsident des Landvolkes, **Albert Schulte to Brinke**, zitiert. Abgesehen davon, dass die Milchviehalter auch in Niedersachsen nie dazu befragt wurden, ist diese Aussage mehr als zweideutig. Sind Maßnahmen wie die staatliche Intervention, Private Lagerhaltung oder etwa entsprechende Hilfsprogramme nicht auch marktregulierende Maßnahmen? Diese werden vom Bauernverband in regelmäßigen Abständen gefordert. Im Übrigen ist es schon richtig, dass wir Milchviehalter keine Marktregulierung im klassischen Sinne der ehemaligen Quotenregelung fordern. **In Krisenphasen ist jedoch zeitlich befristete Mengendisziplin auf EU-Ebene ein unerlässliches Instrument zur schnellen Wiederherstellung eines Marktgleichgewichts.** Die Masche des Bauernverbandes, uns Milchviehalter dabei selbst in der Pflicht zu sehen, ist ein billiges Ablenkungsmanöver. **Jeder einigermaßen vernünftige Marktkenner weiß, dass das bei einem EU-Markt mit jetzt noch 28 Mitgliedsländern und den vielfältigen und unterschiedlichen Interessen von Milchviehaltern und Molkereien nicht funktionieren kann.** Zu den Mehrheiten abschließend noch eine Anmerkung: In den Mitgliederlisten der Bauernverbände sind auch viele „Karteileichen“ zu finden, man wird auch noch als Mitglied tituliert, wenn man keinen Verbandsbeitrag mehr entrichtet.

TAZ – Jost Maurin – 9.4.2017

Großproduzenten von Öko-Eiern

Neues umstrittenes Bio-Siegel

Weil die etablierten Verbände sie nicht mehr wollten, gründen die großen Öko-Geflügelhalter ihren eigenen Bioverband „Bio-Initiative“.

BERLIN| Die skandalgeplagten Großproduzenten von Bio-Eiern bauen einen neuen Öko-Verband mit eigenem Siegel auf. Fast alle Farmen der **Fürstenhof-Gruppe** schließen sich der „**Bio-Initiative**“ an. Das geht aus Antragslisten der im Dezember gegründeten gemeinnützigen Gesellschaft hervor, die der taz vorliegen. Caspar von der Crone, Geschäftsführer der Initiative, sagte, auch der Geflügelunternehmer Heinrich Tiemann „und

andere“ würden dazukommen. Die ersten Eier mit dem 5-Sterne-Logo kämen wahrscheinlich im Mai auf den Markt.

Behrens und Tiemann gehören zu den größten Öko-Geflügelhaltern Deutschlands. Ihnen sind in den vergangenen Jahren immer wieder Verstöße gegen Bio- und Tierschutzregeln vorgeworfen worden. Im aktuellen *Spiegel* steht, dass Fürstenhof den geforderten Anteil an heimischer Ware im Hühnerfutter mehrmals zugunsten ukrainischen Weizens unterschritten habe – was Fürstenhof zurückweist. Beide Agrarindustrielle stehen für riesige Anlagen mit Zehntausenden Hühnern unter einem Dach. Kleine Bauern fühlen sich bedroht, viele Verbraucher lehnen solche „Massentierhaltungen“ ab.

Deshalb machten die Ökoverbände Biopark und Naturland ihren damaligen Mitgliedern Behrens und Tiemann das Leben immer schwerer. Die Eierunternehmer sind auf Verbände angewiesen, denn mit deren Siegel können sie ihre Ware leichter und teurer verkaufen. Die Logos sollen den Verbrauchern signalisieren, dass die Hühner besser gehalten werden als in Ställen, die nur den gesetzlichen EU-Bio-Standard erfüllen.

Doch Naturland drängte Tiemann zurück. Biopark kündigte Behrens' Erzeugerzusammenschluss samt Futtermühle den Zertifizierungsvertrag. Es habe viel Streit mit Fürstenhof gegeben, sagte Biopark-Vorsitzender Jens Rasim der taz, unter anderem über „die Zusammensetzung des Futters“.

Alte Bekannte

Vor dem Hintergrund solcher Probleme gründete Crone schließlich die Bio-Initiative, „weil es Herrn Behrens und andere Wirtschaftsvertreter gibt, die auf mich zugekommen sind und gesagt haben: Wir sind mit dem, was alles so abläuft, nicht mehr so richtig zufrieden“, so der Geschäftsführer, der Behrens schon lange kennt. Behrens war an der Gründung des Eierlabels KAT beteiligt, das Crone zwanzig Jahre lang geleitet hatte, bevor er in den Ruhestand ging.

Dennoch will Crone dem Eindruck vorbeugen, hier schüfen sich Agrarindustrielle ein Siegel mit Minimalstandard. „Ich bin völlig unabhängig“, sagt er. Und: „Ich habe höhere Anforderungen als die anderen Verbände.“

Das allerdings weist Deutschlands größter Öko-Verband zurück: „Bioland geht in vielen Punkten weiter als die Bio-Initiative“, teilte dessen Präsident, Jan Plagge, der taz mit. „Unser Eindruck ist eher, dass die Richtlinien der Bio-Initiative auf bestimmte Betriebstypen der Gründungsmitglieder zugeschnitten sind.“

Tatsächlich erlaubt Crones Standard, quasi unbegrenzt viele Hühner in einem Gebäude unterzubringen. Obwohl es bei Massentrieben extrem - schwierig ist, umweltschädliche Überdüngung durch Hühnerkot in der Nähe des Gebäudes zu verhindern. Biopark und Bioland etwa lassen

deshalb maximal 6.000 Tiere zu. Außerdem erlaubt Bioland nur 140 Legehennen pro Hektar, Biopark diskutiert gerade darüber, sein Limit auf diese Zahl zu senken. Bei der Bio-Initiative dagegen sind 230 möglich. Auch die Vorschriften für die Herkunft des Futters sind bei Crone laxer als bei Biopark und Bioland.

Plagge bezeichnet die Initiative nicht als „echte Konkurrenz“. Bioland setze „auf eine flächendeckende bäuerliche Bio-Legehennenhaltung – nicht auf konzentrierte Großstrukturen wie in diesem Projekt.“

Biopark-Vorsitzender Rasim zeigte sich heilfroh über den neuen Verband, „weil dann die Hühnerhalter die anderen Verbände nicht mehr stören – würden.“

Verwechslungsgefahr?

Die Alnatura Bio-Bauern-Initiative (ABBI)

In Deutschland gibt es zu wenige Bio-Bauern: Während immer mehr Menschen biologische Lebensmittel kaufen möchten, stellen immer weniger Bauern auf Bio um. Zeit, etwas zu unternehmen! Mit der Alnatura Bio-Bauern-Initiative (ABBI) möchten wir Bauern in Deutschland langfristig für den ökologischen Landbau motivieren.

Hier erfahren Sie alles Wichtige rund um ABBI: Hintergründe, Fördermöglichkeiten, wie Sie die Initiative aktiv unterstützen können und vieles mehr.

Links:

<https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Auffangbecken-fuer-grosse-Oekogefluegelproduzenten-Crone-irritiert-ueber-taz-Artikel-8070966.html>

<https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Plagge-Kritik-ja-aber-bitte-keine-Skandalisierung-von-Bio-Themen-8070427.html>

BR – 7.4.2017:

Staatliches Tierwohl-Label

Wenig Verbesserung für Tierschutz und Verbraucher

Ein besseres Leben für Schweine und Geflügel - das verspricht das staatliche Tierwohllabel von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt. In Kürze will er es vorstellen. Doch der vorläufige Entwurf zeigt: Es geht vor allem um die Interessen der Agrar- und Lebensmittellobby.

Von: Eva Achinger und Katrin Langhans
Stand: 07.04.2017 | [Bildnachweis](#)

Frische Luft, Licht, ausreichend Platz und Auslauf, so sähe Studien zufolge das Leben eines Mastschweines aus, wenn es nach den Wünschen der Verbraucher

ginge. 88 Prozent der Befragten wären laut aktuellem Ernährungsreport des Bundeslandwirtschaftsministeriums bereit, mehr für Lebensmittel zu zahlen, wenn Tiere dafür besser gehalten würden.

Auf diese Wünsche geht Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) ein. Sein Haus hat einen Entwurf für ein staatliches Tierwohl-Label ausgearbeitet. Ein Prestigeprojekt - für die Informationskampagne sind 70 Millionen Euro eingeplant. Doch der Entwurf für die Haltung von Mastschweinen, der BR Recherche und der Süddeutschen Zeitung vorliegt, zeigt: Das staatliche Label wird kaum Verbesserungen für die Tiere bringen.

Mehr Platz und ein Stück Holz

In weiten Teilen liest sich Schmidts Label-Entwurf für die Einstiegsstufe bei der Schweinemast wie eine Neuverpackung gesetzlicher Mindeststandards:

Kriterien des staatlichen Tierwohllabels

- Spielzeug gegen die Langeweile, zum Beispiel ein Stück Holz - ist bereits in der nationalen Nutztierhaltungsverordnung festgeschrieben
- Ständiger Zugang zu Raufutter wie zum Beispiel Stroh - seit Jahren laut einer EU-Richtlinie Standard
- Abschneiden des Ringelschwanzes: Obwohl eine EU-Richtlinie das routinemäßige Kupieren verbietet, ist es gängige Praxis und weit verbreitet. Auch im Label-Entwurf wird es nicht kategorisch untersagt. Dran bleiben muss der Schwanz nur "soweit nach Risikobewertung und gegebenenfalls Umsetzung von Maßnahmen möglich"
- Einzige Neuheit: Mehr Platz, das heißt einen Quadratmeter für ein 100 Kilo Mastschwein - statt der gesetzlich vorgeschriebenen 0,75 Quadratmeter

Das heißt: Laut Label-Entwurf dürften Schweine weiterhin im Schummerlicht gehalten werden - auf hartem Spaltenboden, der die Gelenke kaputt macht.

Alte Standards neu verpackt

Die Standards für das Label, sie sollen kaum höher sein als das, was das Gesetz längst vorschreibt? Und das will der Agrarminister mit einem staatlichen Tierwohllabel auszeichnen? Den Aufpreis zahlt am Ende der Verbraucher. Auf Anfrage von BR und SZ schreibt das Ministerium:

Die Kriterien haben sich Insidern zufolge seit Monaten kaum verändert. "Das ist nur ein kleiner Schritt fürs Schwein", sagt der Agrarexperte und Berater der Bundesregierung Achim Spiller. Das staatliche Label mache nur Sinn, wenn man die Anforderungen stetig erhöhe und ehrlich kommuniziere wie das Leben des Schweins in der Einstiegsstufe aussähe.

"Das staatliche Label ist eine Mogelpackung", sagt Angela Dinter von der Tierschutzorganisation Provieh. Die Fachreferentin für Schweinehaltung war bei den vertraulichen Beratungssitzungen dabei, die Minister Schmidt in den vergangenen Monaten anberaumt hat. Nur eine Handvoll Vertreter von Tierschutzorganisationen waren eingeladen. Sie saßen mehr als zwei Dutzend

Vertretern des Bauernverbandes, des Schlachtgewerbes, der Schweinelobby und des Lebensmittelhandels gegenüber:

Ein Tierwohl-Label für die Lobby?

Interne Papiere, die BR Recherche und der SZ vorliegen, zeigen, dass die privatwirtschaftliche "Initiative Tierwohl" von Handel, Fleischwirtschaft und Bauernverband bei der Entstehung des Labels eine wichtige Rolle spielt.

Initiative Tierwohl

Die Initiative Tierwohl ist ein Bündnis großer Lebensmittelhändler wie zum Beispiel Edeka, Rewe, Aldi oder Lidl und der Landwirtschaft. Der Handel zahlt pro Jahr mehr als 80 Millionen Euro in einen Fonds ein, das Geld wird an teilnehmende Schweine- und Geflügelmäster ausgeschüttet, die ihren Tieren dafür ein minimal besseres Leben bieten. So gibt es nicht einmal zwei DinA4-Blätter mehr Platz pro Tier und ein Stück Holz oder eine Metallkette zum Spielen. Wegen der laschen Kriterien steht die Initiative in der Kritik.

Diese "Initiative Tierwohl" taucht immer wieder in einem internen Schriftverkehr ausgewählter Verbandsvertreter auf.

Auf Nachfrage Von BR und SZ kommentiert das Ministerium den Schriftwechsel so: "Bei der Schaffung eines staatlichen Tierwohllabels handelt es sich um einen komplexen Prozess, bei dem viele Aspekte zu berücksichtigen sind. Das BMEL hat daher von Beginn an die betroffenen Kreise einbezogen. [...] Dabei ist es wichtig, einen breiten Konsens zwischen den Beteiligten zu finden, um eine möglichst hohe Beteiligung in der Wertschöpfungskette sicher zu stellen. Nur dann kann das Label die angestrebte hohe Marktrelevanz erreichen." Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Dreiste Tricks der ITW?

Hohe Marktrelevanz - darauf setzt auch die Initiative Tierwohl, kurz ITW. Und die sieht Bundesminister Christian Schmidt offenbar als eine "gute Ausgangsbasis" für ein staatliches Tierwohllabel. Wie dreist die ITW vermeintlichen Tierschutz zu verkaufen versucht, zeigen Papiere, die BR und SZ vorliegen. Mit dem Kauf eines ITW-Produkts unterstütze man den "Wandel hin zu einer tiergerechten Haltung", steht auf der Verpackung. Klingt gut - da schmeckt das Schnitzel gleich besser. Aber im Werbetext steht noch etwas - kleingedruckt: Es bedeute nicht, dass das Fleisch "bereits vollständig aus teilnehmenden Betrieben der Initiative stamme". Im Klartext: Das Schnitzel könnte auch von einem Schwein aus einem Durchschnittsstall stammen, das kein besseres Leben hatte als andere.

Hinter der komplizierten Formulierung steckt Kalkül. Das geht aus einer Studie hervor, von der ITW-Kunden wahrscheinlich nie erfahren sollten. Ein Bündnispartner der Initiative, die Deutsche Geflügelwirtschaft, hatte ein Meinungsforschungsinstitut beauftragt, die Wirkung des Werbespruchs zu untersuchen. Die Frage: Greift der Verbraucher zu oder schreckt der Text ab? Das Ergebnis:

"Nach Eindruck der Untersuchungen überwiegen die Chancen. Die Risiken erscheinen überschaubar, wobei die Gefahr der Entlarvung der Initiative durch Medien (weniger durch die Konsumenten) bleibt. Die Ansprache des aktuellen Themas Tierwohl schlägt alles - auch eine suboptimale Exekution."

Schöttmer Institut

Hauptsache Marketing. Oder etwa sogar eine bewusste Irreführung der Verbraucher? Die Pressestelle der "Initiative Tierwohl" teilt auf Anfrage mit: "Die Initiative Tierwohl teilt die in der Studie getroffenen Aussagen und Rückschlüsse nicht". Weiter heißt es, man setze auf den mündigen Verbraucher und seine Kaufentscheidung.

Bis Ostern sollen die Kriterien für das neue staatliche Label endgültig stehen. Will Agrarminister Schmidt die bislang mauen Kriterien noch verschärfen, dann bleibt für einen Kurswechsel nicht mehr viel Zeit.

Grüne - 18. WP - 08.04.2017

Zu Aussagen von Agrarminister Schmidt über die Kennzeichnung verarbeiteter Eier und das Töten männlicher Eintagsküken erklärt Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik:

"Schmidts Äußerungen sind absurd. Um für die Verbraucher und die Tiere Verbesserungen zu erzielen, sollte er aufhören, Empfehlungen auszusprechen, und seinen Job als Minister tun. Seit Jahren hören wir seine Ankündigungen, das Kükentöten würde beendet. Seit Jahren lehnt er die von uns geforderte Kennzeichnung verarbeiteter Eier ab. Die von ihm gelobte Eierkennzeichnung ist eine Errungenschaft der grünen Agrarministerin Renate Künast - gegen das Getöse der damals in der Opposition befindlichen Union. Eines ist klar: Mit Minister Schmidt wird es kein Tierwohllabel geben, es werden weiterhin über 40 Millionen Küken pro Jahr aus wirtschaftlichen Gründen getötet werden und weiterhin werden Verbraucher nicht erkennen können, ob in den Nudeln und Keksen Käfigeier versteckt sind."

Greenpeace-Magazin - Neue Ausgabe 12.Apr 2017

Haltung zeigen! Wie wir die Lebensqualität für alle Tiere verbessern

Hühner, Schweine und Rinder sollen ein gutes Leben haben, das fordern immer mehr Verbraucher und Politiker. Wir ziehen in unserer neuen Ausgabe Zwischenbilanz und stellen fest: Das Wohl der Tiere lässt sich verbessern – aber nur, wenn auch konventionelle Landwirte deutlich besser bezahlt werden.

Die Einstellung gegenüber der Nutztierhaltung ist im Wandel: Achtzig Prozent der Deutschen fordern bessere Lebensbedingungen – und zwar für alle Tiere. Dennoch ist der Anteil von artgerecht erzeugtem Biofleisch bei Schweinen und Geflügel verschwindend gering. Grüne Minister in den Landwirtschaftshochburgen der Republik haben sich deshalb vorgenommen, die Tierhaltung in der Breite zu verbessern.

Unser Autor Andreas Weber hat sich auf die Suche nach konventionellen Landwirten begeben, die Pionierarbeit leisten. Sie versuchen, ihren Legehennen und Mastschweinen die Langeweile zu vertreiben, damit sie sich nicht gegenseitig zerfleischen, auch wenn ihre Schnäbel und Ringelschwänze unversehrt bleiben. Und sie gönnen ihren Tieren mehr Platz und Auslauf, ganz einfach, weil sie das richtig finden. Außerdem traf er auf Züchter, die eine überraschend effektive Möglichkeit gefunden haben, dem schmerzhaften Enthornen junger Kälber ein Ende zu bereiten. Vielversprechende Ansätze zeigen sich also in vielen Bereichen – doch bei den Besuchen konventioneller Vorzeigehöfe wird auch klar: Der Wunsch nach mehr Tierwohl wird nur in Erfüllung gehen, wenn die Gesellschaft bereit ist, sich den Mehraufwand der Landwirte etwas kosten zu lassen.

Der Agrarökonom Achim Spiller sieht nicht nur die Konsumenten und Landwirte in der Pflicht – sondern vor allem die großen Handelsunternehmen. Er fordert sie im Interview mit dem Greenpeace Magazin dazu auf, den Wunsch der Verbraucher nach mehr Tierwohl ernst zu nehmen und mutige Entscheidungen zu treffen. Ein Blick in die Niederlande zeigt: Es kann funktionieren. Dort hat Fleisch aus aus tiergerechterer Produktion in den Supermärkten einen Anteil von bis zu fünfzig Prozent.

Presseerklärung vom 11. April 2017

Greenpeace-Umfrage: Discounter-Kunden fordern Fleisch aus besserer Tierhaltung

Verbraucher verlangen mehr Transparenz von Lidl und Aldi

Hamburg, 11. 4. 2017 – Fleisch aus besserer, tiergerechterer Haltung wünschen sich 90 Prozent der Kunden von Lidl und Aldi von den Lebensmittel-Discountern. Dafür sind 85 Prozent der Befragten bereit, bis zu fünf Euro pro Kilogramm Fleisch mehr zu bezahlen. Das zeigt eine repräsentative Forsa-Umfrage unter Kunden der beiden Discounter im Auftrag von Greenpeace. „Auch Supermarkt-Kunden wollen kein Billigfleisch auf Kosten der Tiere“, sagt Dirk Zimmermann, Landwirtschaftsexperte von Greenpeace. „Der Handel muss dem Wunsch seiner Kunden nachkommen.“ Greenpeace fordert für alle Fleischprodukte eine verpflichtende Haltungskennzeichnung. Die Umfrage online: <http://gpurl.de/iqli2>.

Das Meinungsforschungsinstitut Forsa befragte vom 30. März bis 3. April deutschlandweit 1001 Menschen, die bei Lidl oder Aldi einkaufen. Eine breite Mehrheit (84 Prozent) der Befragten befürwortet bei Fleisch eine transparente Kennzeichnung der Tierhaltung wie sie bei Eiern längst gängig ist. Der größte Teil des Discounter-Frischfleisches stammt aus umweltschädlicher Massentierhaltung, die sich lediglich an die gesetzlichen Mindeststandards halten muss. Diese lassen es

zu, dass Schweinen die Ringelschwänze abgeschnitten werden, sie auf engstem Raum ohne Auslauf leben müssen und Gen-Futter sowie zu viele Antibiotika verabreicht bekommen.

Lidl kann in Deutschland Vorreiter für bessere Tierhaltung werden

Lidl zeigt bereits in Dänemark, wie es besser geht: Dort bietet der Discounter in 100 Filialen gekennzeichnetes Schweinefleisch aus deutlich verbesserter Tierhaltung an. Vom Futter bis zum Fleischprodukt lässt sich die Herstellung zurückverfolgen. Auf jeder Packung findet der Kunde den jeweiligen Züchternamen mit Foto. In Deutschland verweisen Lidl und Aldi lediglich auf die vom Einzelhandel ausgerufene „Initiative Tierwohl“, deren Vorgaben kaum besser sind als die gesetzlichen Mindeststandards. Zudem stammt hierzulande nur ein Bruchteil des verkauften Frischfleischs aus Tierställen der Initiative. Verbraucher haben bei konventionellem Fleisch kaum die Möglichkeit, sich über die Tierhaltung zu informieren wie Greenpeace im aktuellen [Siegel-Ratgeber](#) für Schweinefleisch zeigt. „Lidl kann in Deutschland Vorreiter werden und Billigfleisch aus Massentierhaltung aus seinen Regalen werfen“, sagt Zimmermann. „Die Händler müssen nicht auf die Politik warten.“

Die industrielle Tierhaltung verursacht riesige Umweltprobleme. Sie erzeugt große Mengen an Treibhausgasen, die zur globalen Überhitzung beitragen. Ein Übermaß an Gülle verursacht zu hohe Nitratwerte in Oberflächen- und Grundwasser, die Wasserversorger vor immer größere Probleme stellen. Was bis zum Jahr 2050 passieren muss, damit auch die Landwirtschaft einen Beitrag zum Erreichen der Pariser Klimaziele leistet und das Artensterben gestoppt wird, zeigt Greenpeace in seinem [„Kursbuch Agrarwende 2050“](#). Der Fleischkonsum muss um 50 Prozent gesenkt, Pestizide von den Äckern verbannt und die Überdüngung deutlich reduziert werden.

Achtung Redaktionen: Für Rückfragen erreichen Sie Dirk Zimmermann, Tel. 0160 581 4942, oder Pressesprecherin Cornelia Deppe-Burghardt, Tel. 0151 14533087. Die Umfrage finden Sie hier: <http://gpurl.de/iqlj2>. Unsere Protestmail an Lidl finden Sie hier: <https://www.greenpeace.de/lidl-hat-die-wahl>, den Siegel-Ratgeber hier: <http://www.greenpeace.de/presse/publikationen/siegel-ratgeber-schweinefleisch>. Pressestelle: Telefon 040-30618-340, Email presse@greenpeace.de; Greenpeace im Netz: www.greenpeace.de, http://twitter.com/greenpeace_de, www.facebook.com/greenpeace.de.

PROPLANTA - 09.04.2017

Grüne: Wiesenhof weitet Produktion ohne Genehmigung aus

Potsdam / Niederlehme - Der Geflügelfleischhersteller Wiesenhof hat nach Informationen der Grünen-Landtagsfraktion seinen Schlachthof in Niederlehme (Dahme-Spreewald) ohne die notwendige Genehmigung erweitert.

Das Landesumweltamt habe noch vor Kurzem erklärt, dass das Verfahren noch nicht genehmigungsreif sei, sagte Benjamin Raschke, agrarpolitischer Sprecher der Grünen.

«Die heimliche Erweiterung macht mich sprachlos. Ich fordere deshalb Konsequenzen und einen sofortigen Stopp beziehungsweise Rückbau der Baumaßnahmen.»

Agrarminister Jörg Vogelsänger (SPD) erklärte in einer Antwort auf eine mündliche Parlamentarische Anfrage, dass die Kapazitätserhöhung bereits erfolgt sei. «Wir befinden uns derzeit in der Überprüfung des Sachverhaltes», hieß es in seiner Stellungnahme.

Die Märkische Geflügelhof-Spezialitäten GmbH, die zur Wiesenhof-Gruppe gehört, hatte beantragt, ihre Geflügelschlacht- und Verarbeitungsanlage von 120.000 Tieren am Tag auf durchschnittlich 160.000 zu erweitern, hieß es.

dpa/bb

Proplanta - 11.04.2017

Wiesenhof weist Vorwurf zurück

Niederlehme/München - Der Geflügelfleischhersteller Wiesenhof hat den Vorwurf zurückgewiesen, das Unternehmen habe seinen Schlachthof in Niederlehme ohne die notwendige Genehmigung erweitert.

«Die Baumaßnahmen auf dem Grundstück sind durch immissionsschutzrechtliche Anzeigen und Baugenehmigungen abgedeckt», erklärte am Montag eine Unternehmenssprecherin.

Die Produktionskapazität in Niederlehme habe aufgrund einer Notsituation ausgeweitet werden müssen, die durch einen Großbrand im niedersächsischen Werk Lohne im vergangenen Jahr verursacht worden sei, betonte die Sprecherin. Das Landesumweltamt sei hierüber informiert worden. «Die Anhebung der Kapazität geschah mit Kenntnis und in Abstimmung der zuständigen Behörden, um tierschutzwidrige Zustände zu vermeiden», fügte sie hinzu. Gleichwohl habe die Behörde aber gefordert, dass zugleich ein Genehmigungsantrag dafür gestellt wird. «Dem ist die zu Wiesenhof gehörende Märkische Geflügelhof-Spezialitäten GmbH nachgekommen.»

Der Grüne Landtagsabgeordnete Benjamin Raschke hatte am Wochenende erklärt, dass Wiesenhof seine Kapazitäten ohne die notwendige Genehmigung erweitert habe.

Das Brandenburger Umweltministerium bestätigte, dass es Kenntnis von der Notsituation hatte. Zum Stand des Genehmigungsverfahrens konnte ein Sprecher am Montag aber keine Angaben machen. In einer Antwort auf eine mündliche Parlamentarische Anfrage hatte Ressortchef Jörg Vogelsänger (SPD) erklärt, dass die Kapazitätserhöhung erfolgt sei.

dpa/bb

Sage mir, was Du besichtigst – und ich sage Dir, wer Du bist:

ISN - 13.04.2017

Junge ISN in Ungarn und Kroatien - Zwischen Großkonzern und extensiver Haltung

Schweineproduktion in Südosteuropa – das war das diesjährige Motto der Exkursion der Jungen ISN. Mit dabei waren rund 35 Junge ISN-Mitglieder zwischen 18 und 30 Jahren.

Auf der Agenda standen einige Stationen: Sightseeing bei traumhaftem Wetter in Budapest, ein Tag mit **Besichtigung mehrerer Betriebsstandorte des größten Lebensmittelproduzenten Südosteuropas, Agrokor**, ein Tag bei den Turopolje Schweinen in der Nähe von Zagreb sowie der **Besuch beim größten Ackerbaubetrieb Ungarns**.

Agrokor – der größte Lebensmittelproduzent Südosteuropas

Zum Konzern Agrokor gehören mehrere Firmen. Unter anderem eine Supermarktkette Konzum, die Firma Belje, die Schweinefleisch, Rindfleisch, Milchprodukte und Wein produziert und die Firma Vupik, zu der 6500 ha Acker- und Gemüseanbau sowie zwei Sauenbetriebe mit Ferkelaufzucht gehören. Wir besuchten die Firma Vupik in Vukovar, nahe der serbischen Grenze in Kroatien. Empfangen wurden wir mit einem festlichen Begrüßungsmahl mit Wurstsorten, Wein und Schnaps aus eigener Produktion. Danach fuhren wir zu einem der Sauenställe der Firma, wo 2100 Sauen gehalten werden. Besichtigen konnten wir diesen Stall zwar nicht, dafür waren wir aber nachmittags in einem Maststall, der über einen Besuchergang mit Fenstern über den Schweinen verfügte.

Insgesamt war es eine Herausforderung die komplexen Firmenstrukturen zu verstehen. Herr Velimir Sili, der Leiter der gesamten Schweineproduktion der Firma Belje und somit auch zuständig für die Farmen der Firma Vupik, erklärte uns das Konzept: Die Schweineproduktion läuft in einem großen geschlossenen System. Der Konzern verfügt über zwei eigene Nukleusbetriebe, die, für die angeschlossenen Sauenbetriebe Jungsauen produzieren. Gearbeitet wird ausschließlich mit PIC Genetik. Die Produktionskennzahlen der insgesamt neun Sauen- und sieben Mastbetriebe des Konzerns sind ansehnlich: Ø 12,23 abgesetzte Ferkel pro Wurf bei Ø 2,36 Würfen pro Jahr. Das macht 28,87 abgesetzte Ferkel pro Sau und Jahr. Die Mastschweine nehmen pro Tag Ø 875 g zu, bei einer Futterwertung von 1: 2,74.

Wir vergleichen unsere Zahlen mit großen Betrieben in Dänemark und Deutschland, zu diesem Zweck reiste Herr Sili schon nach Dänemark und Norddeutschland und nahm dort an Arbeitskreisen teil.

Insgesamt werden an den verschiedenen Standorten 15850 Sauen gehalten und jährlich 403000 Mastschweine pro Jahr produziert. Etwa 20 % der Ferkel werden von Mästern in Kooperation gemästet und dann auch bei Agrokor geschlachtet. Der Preis orientiert sich an der deutschen VEZG Notierung, bezahlt wird aber rein nach Gewicht.

Die Turopolje-Schweine leben in einem eingezäunten Wald auf ca. 200 ha Fläche.

Kontrastprogramm Turopolje- Schweinemast im Wald

Wir besuchten am nächsten Tag eine traditionelle Bruderschaft in der Region Turopolje, die eine historische Rasse, die Turopolje Schweine, erhalten und züchten. Der Bruderschaft gehören rund 130 Schweine, die in einem eingezäunten Wald auf 200 ha Fläche leben. Sie ernähren sich von dem, was sie im Wald finden und werden mit Mais und Getreide zugefüttert. Die Vorsitzenden der Bruderschaft haben sich zur Aufgabe gemacht, die Rasse zu schützen und eine Vermarktung für das besondere Fleisch aufzubauen. Helfen soll ein internationales wissenschaftliches Projekt namens Treasure. Das landwirtschaftliche Institut der Universität Zagreb betreut im Rahmen des Projekts den Bestand der Turopolje Schweine. Ziel ist es, das Management zu verbessern und eine Vermarktung des Fleisches aufzubauen. Im Fokus steht eine Optimierung der Fütterung und des Managements bezüglich der Anpaarung, zudem muss ein Hygienekonzept entwickelt werden. Das internationale Projekt beschäftigt sich mit 20 historischen Rassen aus insgesamt 9 Nationen. Auch Deutschland ist im Projekt mit dem Schwäbisch-Hällischen Schwein dabei.

Bei einem Besuch des historischen Schlosses der Turopolje Bruderschaft durften wir auch das köstliche Fleisch der Schweine verkosten. Eine große Schinkenkeule mit breiter Speckauflage war extra für uns angeschnitten worden.

"Zeig mir deine Schneidwerkgarage und ich sage Dir wer Du bist!"

Größter Ackerbaubetrieb Ungarns

Der letzte Tag unserer Südosteuropa Exkursion führte uns von Kroatien wieder nach Ungarn, wo wir den größten Ackerbaubetrieb des Landes in Oszkó besuchten. Unglaubliche 10 000 ha besitzt Herr Balázs selbst, 25 000 ha bewirtschaftet er als Lohnunternehmer noch zusätzlich. Seit den 1980er Jahren investiert er in seinen Betrieb und wächst seitdem kontinuierlich. Rund 100 Festangestellte arbeiten im Betrieb.

Zu Beginn der Führung über den Betriebsstandort besichtigten wir einen umgebauten Schweinestall. Herr Balázs öffnete kommentarlos das Tor und zum Vorschein kam eine Schneidwerkgarage, die ihresgleichen sucht. Zeig mir deine Schneidwerkgarage und ich sage Dir, wer Du bist kommentierte einer der Teilnehmer den Anblick.

Der schmale Erntezeitraum von etwa 40 Tagen im Sommer, in denen neben Raps und Getreide auch Körnermais geerntet werden muss, veranlasst ihn dazu, alle Maschinen vor der Saison auf Vordermann zu bringen. Sie müssen während der Ernte 24h im Einsatz sein. Der beeindruckende Fuhrpark umfasst 20 Mähdrescher, 7 Häcksler und 45 Schlepper. Turnusmäßig werden alle 4 Jahre neue Maschinen – wohlgemerkt aus Eigenkapital – angeschafft. Ein Drescher drischt bis zu 2400 ha pro Ernte.

Sein Imperium führt er ohne Zettel und Stift, auch ein Smartphone sucht man bei ihm vergeblich: Wenn ich mir Dinge aufschreiben müsste, würde das zu lange dauern. Ich mache die Disposition der Maschinen, die Einteilung der Leute und den Handel komplett selbst. Ich habe alles im Kopf.

Ungarn und Kroatien – Landwirtschaft mit immensem Bürokratieaufwand

Wir erfuhren auch, dass die ungarische Regierung alles daran setzt, dass ausländische Investoren nicht die landwirtschaftlichen Flächen aufkaufen können. Daher gibt es einen

normen Bürokratieaufwand, wenn man Fläche kaufen will. Generell dürfen ausländische Bieter nicht mehr als 300 ha Land pro Person kaufen. Zudem muss jeder ausgehandelte Kaufvertrag vor Abwicklung öffentlich ausgehängt werden.

Dies führt dazu, dass jemand anders sich melden kann und selbst Anspruch auf die zu verkaufenden Flächen erhebt und der geplante Kauf wieder platzt.

Definitiv eine Reise wert...

Ungarn und Kroatien sind zwei wunderschöne Länder, in denen Landwirtschaft die bedeutendste wirtschaftliche Kraft darstellt. Obgleich Schweinehaltung eine vergleichsweise geringe Rolle in diesen Ländern spielt, konnten wir einen Großkonzern mit rund 400 000 produzierten Mastschweinen pro Jahr und im Kontrast dazu eine historische Schweinrasse, die Turopolje-Schweine besuchen. Neben dem traumhaften Wetter machte auch die besondere Gastfreundschaft der Ungaren und Kroaten unsere Reise zu einem großartigen Erlebnis.

[!\[\]\(9dfdaff1d86ba3c1f8353b4d1b61b8c5_img.jpg\) Weitere Eindrücke unserer Reise finden Sie in der Bildergalerie](#)

[!\[\]\(83f22ed94ec5517769dd76d702c6bfd8_img.jpg\) Aktuelles...](#)

[!\[\]\(8d0f0e0fe25b320c33272c52aec1fbca_img.jpg\) Junge ISN - Berichte...](#)

NOZ - 13.04.2017

Interview zum Thema Landwirtschaft Bischof Bode: Auch nach Fastenzeit weniger Fleisch essen

Osnabrück. Der Osnabrücker Bischof Franz-Josef Bode hat sich dafür ausgesprochen, auch nach der Fastenzeit weniger Fleisch zu essen. Im Interview mit unserer Redaktion sagte Bode: „Einen Lebens- und Ernährungsrhythmus mit fleischlosen Tagen über die Fastenzeit oder den Freitag hinaus halte ich für richtig.“

Laut Bode hilft ein verringerter Fleischkonsum dabei, das Fleisch, das Tier hinter dem Fleisch, aber auch die Produktionsbedingungen mehr wertzuschätzen. Der katholische Bischof forderte: „Die Preise insgesamt müssten steigen, ebenso müsste der Fleischkonsum insgesamt sinken.“ Der Bischof rief zudem zu einer differenzierteren Debatte über die Landwirtschaft auf. Bauern fühlten sich zunehmend als Prügelknaben. „Landwirte sind Teil eines Systems, für das sie nicht allein zur Rechenschaft gezogen werden können“, so Bode. Lesen Sie im Folgenden das Interview im Wortlaut:

Herr Bode, unser Umgang mit Tieren ist eines der großen Streitthemen dieser Zeit. Müssen wir aus ethischer, aus christlicher Sicht umdenken, was unser Verhältnis zu Schwein, Huhn und Rind angeht?

Tiere sind unsere Mitgeschöpfe. Gerade erst hat Papst Franziskus uns wieder dazu gemahnt, Sorge für das Haus der Schöpfung zu tragen – das schließt die Tiere

natürlich mit ein. Viele Menschen haben heute keinen Kontakt mehr zur Landwirtschaft und zu Nutztieren. Ich beobachte da eine zunehmende Spaltung. Überspitzt gesagt: Die einen haben überdrehte Tierschutzvorstellungen, die anderen sagen: Es gibt keine Massentierhaltung, es gibt keine Missstände. – Wir leben in einer plakativen Welt, da ist häufig kein Platz für Differenzierung.

Ist es denn mit dem christlichen Schöpfungsgedanken in Einklang zu bringen, dass Kälber enthornt, Ferkeln die Schwänze kupiert und männliche Eintagsküken getötet werden?

Schwierig. Die Masse, in der wir tierische Produkte herstellen, erfordert solche Eingriffe. Ich frage mich: Muss das sein? Die Verantwortung dafür liegt nicht nur bei den Bauern, sondern auch bei den Konsumenten. Sie wollen viel Fleisch, und zwar möglichst gut und möglichst billig. Das führt doch zwangsläufig zu Produktionsmethoden, die man zumindest als fragwürdig ansehen kann.

Also Finger weg vom Schnitzel oder halben Hähnchen im Super-Sonderangebot?

Natürlich sind tierische Produkte mehr wert! Bei diesem Ansinnen dürfen wir aber nicht diejenigen Menschen vergessen, die an oder unter der Armutsgrenze leben und auch einen Anspruch auf vernünftige Ernährung haben. Das ist ein Spannungsverhältnis. Trotzdem sage ich: Die Preise insgesamt müssten steigen, ebenso müsste der Fleischkonsum insgesamt sinken.

Viele Christen verzichten in der Fastenzeit auf Fleisch oder reduzieren zumindest den Konsum. Sollte das auch über die Fastenzeit beherzigt werden?

Die Fastenzeit ist ein guter Anlass, die Ernährungsgewohnheiten vor dem Hintergrund der Tierethik zu hinterfragen. Einen Lebens- und Ernährungsrhythmus mit fleischlosen Tagen über die Fastenzeit oder den Freitag hinaus halte ich für richtig. Das hilft dabei, das Fleisch, das Tier hinter dem Fleisch, aber auch die Produktionsbedingungen mehr wertzuschätzen. Ein bisschen also wie früher, als der Sonntagsbraten noch etwas ganz Besonderes war.

Fleischproduktion findet fernab der Öffentlichkeit statt. Haben wir uns von unseren Mitgeschöpfen entfernt?

Ich besuche regelmäßig Bauern und spreche mit ihnen auch über die Tierhaltung. Und ich erfahre jedes Mal, mit welcher großen Anstrengungen Landwirte ihre Höfe führen und ihre Tiere halten. Ich erfahre aber auch, wie sehr die Bauern darum bemüht sind, die Beziehung zum Tier nicht zu verlieren. Das ist in den großen Massen, in denen produziert wird, aber schwer. Zugleich sind Bauernhöfe aus der Lebenswelt vieler Menschen verschwunden. Viele Kinder wissen nicht, wo Fleisch und Milch herkommen. Ich begrüße die Bewegung, dass Landwirte die Menschen wieder auf die Höfe holen wollen. Die Kirche sehe ich hier als Bindeglied und Moderator.

Viele Bauern fühlen sich stigmatisiert...

Das merken wir an unserem landwirtschaftlichen Sorgentelefon der Landvolkhochschule Oesede. Bauern und ihre Familien fühlen sich in der öffentlichen Diskussion in die Enge getrieben und als Prügelknaben. Ich rufe auf zur Differenzierung! Landwirte sind Teil eines Systems, für das sie nicht allein zur Rechenschaft gezogen werden können. Wir müssen auf jeden Fall bäuerliche Strukturen mit familiär geführten Höfen erhalten. Eine Agrarindustrie darf nicht alles an sich reißen, denn das wäre in jeder Hinsicht das Ende einer kultivierten Beziehung vom Menschen zum Nutztier.

Tierethiker und Philosophen wie beispielsweise Richard David Precht sehen eine Mitverantwortung des Christentums dafür, wie wir mit unseren Tieren umgehen. Ist der Vorwurf berechtigt?

Dass allein dem Christentum zuzuschreiben, ist mir zu simpel. Schauen wir doch einmal in die Bibel: Dort ist nachzulesen, dass Tier und Mensch gemeinsam geschaffen worden sind. Und auch die Erlösung beschränkt sich nicht nur auf die Menschen, sondern auch auf die Tierwelt ...

... in der Bibel steht aber auch, dass wir uns die Erde, also auch die Tiere, Untertan machen sollen...

Stimmt. Und in Psalm Acht steht auch, dass der Mensch über die Tiere gestellt ist. Das ist aber nicht im Sinne der Herrschaft über Tiere zu verstehen. Die Rolle des Menschen in der Bibel ist eher diejenige des Hüters, der sich um seinen Mitgeschöpfe kümmert. Sicherlich ist das im Laufe der Jahrhunderte oft fehlinterpretiert worden. Die Grundaussage der Bibel ist aber, dass der Mensch mit und in seiner Umwelt lebt. Ich sehe die Aufgabe der Kirche derzeit so: dabei helfen, dass Ökonomie und Ökologie wieder in Einklang kommen. Zweifelsohne ist hier einiges in Schräglage, auch im Bereich der Landwirtschaft.

[Ein Artikel von Dirk Fisser](#)

<http://www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/880287/bischof-bode-auch-nach-fastenzeit-weniger-fleisch-essen>

Proplanta 11.04.2017 :

Mit Flyern gegen Lohndumping bei Spargelernte

Rostock - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt will verstärkt gegen Lohndumping bei ausländischen Erntehelfern vorgehen.

Dazu hat die Gewerkschaft Flyer herausgegeben, um die Arbeiter über den geltenden Mindestlohn zu informieren. «Eine Saisonkraft muss in diesem Jahr mindestens 8,60 Euro pro Stunde bekommen», erklärte IG-Bau-Bezirkschef Jörg Reppin am Dienstag in Rostock. Der Flyer ist auf Deutsch, Polnisch, Bulgarisch, Rumänisch, Kroatisch und Ungarisch erschienen. Neben der Bezahlung gehe es darin auch um die Rechte der

Arbeiter, etwa bei Unterkunft und Verpflegung, hieß es.

«Viele Saisonarbeiter kommen aus osteuropäischen Ländern zur Spargelernte», sagte Reppin. Oft wüssten sie nicht, dass es einen Mindestverdienst gibt. «Das nutzen manche Chefs schamlos aus.» Zu den Schwerpunkten der IG-BAU-Kampagne zähle auch die Dokumentation der Arbeitszeiten. Jede Hilfskraft solle über die geleisteten Schichten Buch führen und diese später mit dem Lohnzettel abgleichen.

dpa/mv

Mindestlohn

Befürworter eines Mindestlohns verweisen darauf, dass höhere Löhne in der Agrarindustrie auch den Bauern nützen würden, weil sie dann ihren eigenen Lohnanspruch nicht mehr auf das Niveau der Dumpinglohn-Konkurrenz herunterschrauben müssten. Auch wegen der Attraktivität der Branche für dringend gesuchte qualifizierte Mitarbeiter müsse eine gute Entlohnung eine Selbstverständlichkeit sein.

Agraministerium MV

Klärschlamm sicher entsorgen – Firma aus Rerik entwickelt neues Verfahren

Bei der Firma Rotaria in Rerik informierte sich der Minister für Landwirtschaft und Umwelt Dr. Till Backhaus heute umfassend über die sichere Klärschlamm Entsorgung in Mecklenburg-Vorpommern sowie über technische Möglichkeiten der Phosphor-Rückgewinnung aus Klärschlamm.

Die Firma Rotaria konstruiert und baut derzeit im Auftrag der Chemische Fabrik Budenheim KG aus Rheinland-Pfalz eine Prototypanlage zur Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm nach dem ExtraPhos®-Verfahren. Zur Extraktion der Phosphate wird bei diesem Verfahren ausschließlich Kohlenstoffdioxid verwendet, welches im Prozess im Kreis geführt wird. Ziel ist die Entwicklung eines umweltfreundlichen, nachhaltigen und wirtschaftlichen Verfahrens zum Einsatz in Kläranlagen.

„Es freut mich zu sehen, dass Firmen aus Mecklenburg-Vorpommern den Trend der Zeit erkannt haben und sich an der Entwicklung zukunftsweisender Verfahrenstechnologien und Anlagen beteiligen. Mir ist es ausgesprochen wichtig, dass die Klärschlamm Entsorgung in Mecklenburg-Vorpommern langfristig und zukunftssicher gewährleistet ist. Hierzu gehört für mich selbstverständlich, dass die wertgebenden Substanzen des Klärschlammes genutzt und zugleich die für die Umwelt gefährlichen Bestandteile beseitigt und aus dem Kreislauf ausgeschleust werden“, so der Minister.

In Kürze wird sich der Bundesrat mit dem Verordnungsentwurf zur Neuordnung der Klärschlammverwertung befassen. Das Bundeskabinett hat diesem Entwurf im Januar und der Bundestag im März zugestimmt.

Die neue Verordnung soll die derzeit geltende Klärschlammverordnung vollständig ablösen. Kernstück der neuen Verordnung bildet die Pflicht zur Phosphorrückgewinnung aus Abwasser, Klärschlamm oder Klärschlammaschen. Zugleich soll die Verordnung die direkte bodenbezogene Verwertung von Klärschlämmen aus Abwasserbehandlungsanlagen größer 100.000 EW (12 Jahre nach Inkrafttreten) und aus Kläranlagen größer 50.000 EW (15 Jahre nach Inkrafttreten) untersagen.

Klärschlamm in Mecklenburg-Vorpommern ging bis 2015 noch überwiegend in den landwirtschaftlichen Verwertungsweg. Vor dem Hintergrund der rechtlichen Begrenzungen, die sich aus den gültigen Grenzwerten der Düngemittelverordnung (DüMV) ergeben, wurde dieser Verwertungsweg deutlich eingeschränkt. 30 % des Klärschlammes aus MV werden derzeit alternativ entsorgt. Die Entsorgung in thermischen Behandlungsanlagen erfolgt größtenteils außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern, da eigene Kapazitäten zur Mitverbrennung nur begrenzt bestehen und Monoverbrennungsanlagen für Klärschlamm in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht geschaffen wurden.

Neben dem in Rerik besichtigten Verfahren existieren mehrere weitere Verfahren zur Phosphorrückgewinnung aus Abwasser, Klärschlamm oder Klärschlammasche mit jeweils unterschiedlichen Rückgewinnungsquoten. An dem Vororttermin nahmen auch Vertreterinnen und Vertreter der Klärschlammkooperation MV GmbH und des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Rügen teil.

Die Klärschlammkooperation bündelt die Klärschlamm-mengen von derzeit 6 Abwasserzweckverbänden (Gesellschaftern) und strebt den Bau und die Betreuung einer Klärschlammmonoverbrennungsanlage in Mecklenburg-Vorpommern an.

Der Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Rügen (ZWAR) errichtet derzeit in Bergen für die im Verbandsgebiet anfallenden Klärschlamm-mengen eine eigene thermische Verwertungsanlage.

*Eva Klaußner-Ziebarth
Pressesprecherin und Leiterin Öffentlichkeitsarbeit
Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern*

AGRARZEITUNG:
Hamburger Getreidebörse | 13. April 2017
Verein verteidigt Meinungsvielfalt

Der öffentliche Austritt Stephan Weiterers während der Versammlung der Hamburger Getreidebörse bleibt Gesprächsthema in der Branche. Die Meinungen dazu sind unterschiedlich.

Mit großer Überraschung und Unverständnis hat der geschäftsführende Vorstand des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse (VdG) auf die [Kündigung des Landhandels Weiterer](#) reagiert. Dass das freiheitliche Denken eines Ökonomen Anlass für eine Kündigung gibt, ist ein Novum für den VdG und schwer nachvollziehbar. „Es ist uns ein wichtiges Anliegen auch solchen Wissenschaftlern Gehör zu verschaffen, die Thesen vertreten, die vielleicht nicht jeder teilt“, kommentierte der Vorsitzende des Vereins, Rüdiger Wilke, die Kündigung.

Referent erhielt kein Honorar

Den Mitgliedsunternehmen des Verbandes wolle man Gelegenheit bieten über den Tellerrand zu schauen und auch einmal quer zu denken. Wilke ergänzte gegenüber az-online, „dass der Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse in seiner langen traditionsreichen Geschichte ein weltoffener Verband ist, der sich auch immer anderen Meinungen gestellt hat“. Im Übrigen weist der VdG darauf hin, dass Prof. Paech ohne Honorar oder sonstigen Kosten auf der Mitgliederversammlung gesprochen hat und die Mitgliedsbeiträge verantwortungsvoll verwendet werden.

Unterstützung von Stefan Engelke

Auch Teilnehmer der Veranstaltung waren von der öffentlichen Reaktion des niedersächsischen Agrarhändlers überrascht. „Man muss die Thesen des Wissenschaftlers ja nicht teilen. Sie haben aber zum Nachdenken angeregt“, so die Meinung einiger anwesender Zuhörer. Auch wurde die Forderung nach einer sachlichen Auseinandersetzung mit der Meinung des Ökonomen laut. Der niedersächsische Landhändler hat aber auch Rückendeckung aus der Branche bekommen: Stefan Engelke von der Mühle Rüningen aus Braunschweig gratuliert ihm zu seinem konsequenten Verhalten. „Einen Redner einzuladen, der als steuerfinanzierter Radikalökologe bekannt ist, Handys, Autos, Flugzeuge, Fleisch und Fisch ablehnt und als einzige persönliche Fähigkeit, Fahrradschrauber angibt und einen Vortrag fern von jeder marktökonomischen Realität hält, ist für einen wirtschaftlichen Interessenverband grotesk.“

„Aufstehen und Meinung sagen“

Und Stephan Weiterer hält an seiner Meinung zu dem Vortrag fest. „Wer solch einen Redner einlädt muss mit Reaktionen rechnen. Ich habe nichts gegen anders denkende Menschen. Aber ich finde es wichtig, aufzustehen und seine Meinung sagen zu können“, so Weiterer gegenüber az-online. Generell habe er nichts gegen die Arbeit des VdG einzuwenden. Nachdenken sollten die Verantwortlichen über seine Auffassung zu der Wahl des Redners aber schon.

Postwachstumsökonomie mit reduziertem Konsum

Das auf Wachstum beruhende westliche Wohlstandsmodell ist nach Ansicht von Prof. Niko Paech weder nachhaltig noch hält es sein Versprechen auf ein gutes Leben für alle. Als „Postwachstumsökonomie“ bezeichnete Paech auf der Veranstaltung „eine Wirtschaft, die ohne Wachstum des Bruttoinlandproduktes über stabile, mit einem vergleichsweise reduzierten Konsumniveau einhergehende Versorgungsstruktur verfügt“. Paech war bis Ende 2016 außerplanmäßiger Professor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt an

der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg. Jetzt lehrt er Plurale Ökonomik an der Universität Siegen. (dg)

Wikipedia: Niko Paech

Niko Paech (* [9. Dezember 1960](#) in [Schüttorf](#)^[1]) ist ein [deutscher Volkswirt](#) und von 2008 bis 2016 [außerplanmäßiger Professor](#) am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt („PUM“) an der [Carl von Ossietzky Universität Oldenburg](#). Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem im Bereich der [Umweltökonomie](#), der [Ökologischen Ökonomie](#) und der [Nachhaltigkeitsforschung](#).

Inhaltsverzeichnis

- [1 Leben](#)
- [2 Postwachstumsökonomie](#)
- [3 Rezeption](#)
- [4 Schriften \(Auswahl\)](#)
- [5 Weblinks](#)
- [6 Einzelnachweise](#)

Leben

Paech erlangte 1987 ein Diplom in [Volkswirtschaftslehre](#) an der [Universität Osnabrück](#). Anschließend arbeitete er dort bis 1997 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet [Außenwirtschaft](#) bei [Michael Braulke](#). 1993 [promovierte](#) er zum Thema *Die Wirkung potentieller Konkurrenz auf das Preissetzungsverhalten etablierter Firmen bei Abwesenheit strategischer Asymmetrien* im Bereich [Contestable Markets](#).^[2] Parallel arbeitete er als Unternehmensberater im Bereich ökologische Lebensmittel und kandidierte bei der [Wahl 1990](#) für den [niedersächsischen Landtag](#).^[1] Von 1998 bis 2001 arbeitete er als erster Agenda-21-Beauftragter der Stadt Oldenburg^[3] und begann 2001 seine Tätigkeit an der Universität Oldenburg in der Forschungsgruppe *Unternehmen und gesellschaftliche Organisationen* sowie *SUustainable Markets eMERge*.^[1]

2005 war Paech einer der Gründer und erster Vorstandssprecher des wissenschaftlichen Zentrum CENTOS (*Oldenburg Center for Sustainability Economics and Management*) und leitet seit 2006 das Forschungsprojekt GEKKO.^[1] Von 2010 bis 2014 war er zunächst gemeinsam mit [Gerhard Oesten](#), später mit Oliver Richters Vorsitzender der [Vereinigung für Ökologische Ökonomie](#) (VÖÖ).^[4] Er ist Mitglied von ZENARIO (*Zentrum für nachhaltige Raumentwicklung Oldenburg*)^[5] und des Netzwerks KoBE e.V. (*Kompetenzzentrum Bauen und Energie*).^[6] Paech ist außerdem Mitglied des wissenschaftlichen Beirates von [attac](#)-Deutschland^[7] und Gründungsmitglied des [Postfossil-Instituts](#) (2011).^[8]

Im Jahre 2006 wurde ihm für seine im Vorjahr publizierte [Habilitationsschrift](#) zum Thema *Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum – Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie* der [Kapp-Forschungspreis für Ökologische Ökonomie](#) verliehen.^[9] 2014 wurde er mit dem [Zeit](#)

[Wissen](#)-Preis *Mut zur Nachhaltigkeit* ausgezeichnet.^[10] Die Jury bezeichnete ihn als „weltweit eine der Lichtgestalten in der Postwachstumsdiskussion“.^{[11][12]}

Von 2008 bis 2016 war Paech außerplanmäßiger Professor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt der Universität Oldenburg, an der er bereits seit 2005, zunächst als Privatdozent, tätig war.^[13] Seit 2016 lehrt er außerdem im Rahmen des neuen Masterstudiengangs [Plurale Ökonomik](#) an der [Universität Siegen](#).^[14]

Postwachstumsökonomie

Siehe auch: [Wachstumsrücknahme](#)

Der von Paech in Deutschland ab 2006 in die Diskussion gebrachte Begriff der Postwachstumsökonomie^{[15][16]} bezeichnet ein [Wirtschaftssystem](#), das zur Versorgung des menschlichen Bedarfs nicht auf [Wirtschaftswachstum](#) angewiesen ist, sondern sich durch [Wachstumsrücknahme](#) auszeichnet. Er grenzt sich dadurch bewusst von Begriffen der [Nachhaltigkeit](#)sdebatte wie „grünem“ oder „nachhaltigem“ Wachstum ab, bezeichnet das Konzept von grünem Wachstum gar als Wunder^[17] oder Mythos^[18]. Er sieht die Notwendigkeit für eine solche Wirtschaftsordnung in der nach seiner Auffassung gescheiterten Entkopplung der [Umweltschäden](#) und des Rohstoffverbrauchs von der [Wertschöpfung](#), in den Erkenntnissen der [Glücksforschung](#) zum nicht weiter durch Konsum oder Einkommen zu steigenden [Wohlbefinden](#) und in ökonomischen Grenzen wie z. B. dem [globalen Ölfördermaximum](#).^[19] Sein Ansatz basiert auf den fünf Prinzipien institutionelle [Innovationen](#), stoffliche [Nullsummenspiele](#)^[20], [Regionalökonomie](#), [Subsistenz](#) und [Suffizienz](#), „die letztlich in einer höheren individuellen Lebensqualität und mehr Gemeinwohl resultieren.“ Es existierten keine per se nachhaltigen Produkte und Technologien, betont er, sondern nur nachhaltige Lebensstile.^{[21][22]}

Paech betont, dass der Ressourcenverbrauch nicht nur ökologisch schädlich sei, sondern die Menschen auch psychisch [überfordere](#). Er bezeichnet dies als „Konsumverstopfung“^[23] oder "Konsum-Burnout", die „radikale Reduktion von Ansprüchen, welche der materiellen Selbstverwirklichung dienen, sei kein Mangel, sondern ein Gewinn.“^[24] Als Mittel zur Erreichung einer größeren Zufriedenheit und einer geringeren Abhängigkeit von der globalen Ressourcenkette nennt er: die Reduzierung der Arbeitszeit auf eine 20-Stunden-Woche, mehr Zeit für den Selbstanbau von Obst und Gemüse und für die Instandsetzung und das Teilen von Gegenständen, einen weitgehenden Rückbau von Autobahnen und Flughäfen sowie effiziente, wandelbare und wiederverwertbare Produkte. Er hält es für sinnvoll, wenn eine Avantgarde bereits einen entsprechenden Lebensstil pflegt und mit weniger Konsum gut auskommt, damit sie mit ihrem Erfahrungswissen und ihrem Vorbild dazu beiträgt, Frustrationen, Ängste und eventuelle Gewalt zu verringern.^[25]

Rezeption


Niko Paech und seine Konzepte wurden in zahlreichen überregionalen Zeitungen wie [Süddeutsche](#),^[26] [Bild](#),^[27] [Zeit](#),^[28] [taz](#),^{[29][30]} [Le Monde diplomatique](#),^[22] [Tagesspiegel](#),^[31] [Badische Zeitung](#)^[32] oder den [VDI nachrichten](#)^[33] vorgestellt. Dazu wurde er

interviewt im [Deutschlandradio Kultur](#)^[34] bei [3sat](#),^[35] [Arte](#)^[36] und er war Studiogast bei [Planet Wissen](#).^[37] International wurde er in [Österreich](#) vom [Südwind Magazin](#),^[38] dem [Magazin Format](#)^[39] und dem [ORF](#)^[40], dem Schweizer [Radio Stadtfilter](#)^[41] und den italienischen Zeitungen [La Stampa](#)^[42] und [Panorama](#)^[43] rezipiert. Im [Guardian](#) wurde er in einem Artikel zur deutschen Postwachstumsbewegung als „one of the more high-profile members of this movement [...] who recently published a controversial new book called Liberation from Affluence [...]“^[44] bezeichnet.

Schriften (Auswahl)

- 2005: *Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie*. Metropolis-Verlag, Marburg. [ISBN 978-3-89518-523-6](#)
- 2012: *Vom grünen Wachstum zur Postwachstumsökonomie. Warum weiteres wirtschaftliches Wachstum keine zukunftsfähige Option ist*. In: Boris Woynowski et al. (Hrsg.): *Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende*. [ISSN 1431-8261](#)
- 2012: *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. [oekom verlag](#), München. [ISBN 978-3-86581-181-3](#)
- 2013: *Suffizienz und Subsistenz: Therapievorschlage zur Überwindung der Wachstumsdiktatur*. In: [Hartmut Rosa](#) et al. (Hrsg.): *Zeitwohlstand: Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben*. [ISBN 978-3-86581-476-0](#)

Weblinks

 [Commons: Niko Paech](#) – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien

- [Literatur von und über Niko Paech](#) im Katalog der [Deutschen Nationalbibliothek](#)
- [Lebenslauf](#) auf der Website der [Universität Oldenburg](#)
- [Postwachstumsökonomie](#) – Website von Werner Onken und Niko Paech
- [Was bewegt Niko Paech? Der Verstoene](#) – Beitrag vom Felix Rohrbeck, Die Zeit, 23. März 2017

Vorträge

- [Zwischen technischem und kulturellem Wandel: Elemente einer integrativen Energiewende](#). Vortrag vom 13. November 2013, Universität Bremen (Video, 114 min).
- [Vortrag von Niko Paech 2011 in Bad Boll -Ausschnitt](#) (Audioclip 25 Minuten; MP3; 28,3 MB)

Einzelnachweise

- [Ausführlicher Lebenslauf \(PDF; 74 kB\)](#) ([Internetseite der Universität Oldenburg](#))
- Niko Paech: *Die Wirkung potentieller Konkurrenz auf das Preissetzungsverhalten etablierter Firmen bei Abwesenheit strategischer Asymmetrien*. Duncker & Humblot, Berlin 1993.
- [2013: Oldenburg erhält neue Agendabeauftragte](#), Webseite der Stadt Oldenburg, abgerufen am 25. Februar 2015.

- □ [Vorstand der VÖÖ](#)
- □ [Herr apl. Prof. Dr. Niko Paech neues Mitglied](#), Webseite von ZENARIO, abgerufen am 25. Februar 2015.
- □ [Mitglieder](#), kobe-oldenburg.de, abgerufen am 25. Februar 2015.
- □ [Mitglieder Wissenschaftlicher Beirat Attac](#) (Stand Januar 2016)
- □ [Website des Postfossil-Instituts \(PFI e.V.\)](#), Hamburg.
- □ [Kapp-Forschungspreis - Preisträger 2006](#), abgerufen am 18. Oktober 2011
- □ [Niko Paech mit dem ZEIT WISSEN-Preis Mut zur Nachhaltigkeit ausgezeichnet](#), Pressemitteilung der Universität Oldenburg, 28. Februar 2014.
- □ [Niko Paech mit dem ZEIT WISSEN-Preis Mut zur Nachhaltigkeit ausgezeichnet](#), Pressemitteilung der Zeit-Verlagsgruppe, 27. Februar 2014.
- □ Max Rauner: [Grünkohl gut, Geländewagen böse?](#) In: [Zeit Wissen](#) 3/14, S. 80.
- □ [Profil](#) auf der Seite der Universität, abgerufen am 5. November 2016.
- □ [Lehrende](#) auf der Seite des Studiengangs, abgerufen am 5. November 2016.
- □ Philipp Krohn: [Schrumpfen von unten](#), [Frankfurter Allgemeine](#), 26. Dezember 2013.
- □ Niko Paech: [Stichwort: Postwachstumsökonomie](#), [Gabler Wirtschaftslexikon](#), Springer Gabler Verlag (Hrsg.).
- □ [„Grünes“ Wachstum wäre ein Wunder](#). In: [Zeit.de](#), 21. Juni 2012.
- □ Niko Paech: [Das Elend der Konsumwirtschaft: Von Rio+20 zur Postwachstumsgesellschaft](#), [Blätter für deutsche und internationale Politik](#), Juni 2012.
- □ Niko Paech: [Grundzüge einer Postwachstumsökonomie](#). Abgerufen am 18. Oktober 2011 (deutsch).
- □ Niko Paech: *Wachstumsneutralität durch stoffliche Nullsummenspiele*. In: *Ökologisches Wirtschaften*. Nr. 3, 2006, S. 30–33.
- □ Niko Paech: *Wachstumsdämmerung*, Artikel in [Oya](#) 7/2011 ([Onlineversion](#)).
- □ Niko Paech: [Die Legende vom nachhaltigen Wachstum](#). In: [Le Monde diplomatique](#). Abgerufen am 27. Juli 2015.
- □ Markus Brauck und Dietmar Hawranek: [Überdross am Überfluss](#). [Der Spiegel](#) 14/2014, 31. März 2014.
- □ Seraina Kobler: [Soviel du «brauchst»](#), [Neue Zürcher Zeitung](#), 15. November 2014.
- □ [Ökonomie und Ökologie: 'Grünes Wachstum' gibt es nicht](#). sueddeutsche.de, 17. Januar 2014, abgerufen am 18. Januar 2014.
- □ Tilman Wörtz: ["Grünes Wachstum" gibt es nicht](#), [Süddeutsche Zeitung](#), 17. Januar 2014.
- □ Holger Bloethe: [Spinnt der? Deutschlands härtester Konsumkritiker fordert 20-Stunden-Woche für alle!](#). [Bild](#), 8. Dezember 2012.
- □ Georg Etscheit: [Niko Paech: Aufklärung 2.0](#). [Die Zeit](#) 49/2012, 11. Dezember 2012.
- □ ["Jetzt hören Sie mit den Radieschen auf"](#), [die tageszeitung](#), 21. Januar 2012.
- □ [Niko Paech über Postwachstum: Konsum nervt](#), [die tageszeitung](#), 1. September 2014.
- □ Norbert Thomma und Manfred Kriener: [Wachstumskritiker Niko Paech: "Sehe ich aus wie ein Hippie?"](#), [Der Tagesspiegel](#), 25. November 2012.
- □ Jürgen Reuß: [Ökonom Niko Paech fordert Abschaffung der Industrie](#), [Badische Zeitung](#), 28. Januar 2014.
- □ I. Hartbrich/P. Schwarz/C. Böckmann: [„Wir brauchen einen Plan B“](#), [VDI nachrichten](#) 17/2014, 25. April 2014.

- □ [Überleben ohne Wirtschaftswachstum](#). Niko Paech im Gespräch mit Ute Welty. [Deutschlandradio Kultur](#), 4. Januar 2013.
- □ [Interview mit Volkswirt Niko Paech](#), [3sat](#), makro, 6. Juni 2014.
- □ [Interview mit Niko Paech](#), [Arte Journal](#), 21. Juni 2012.
- □ [Gut leben - mit oder ohne Geld?](#) ([Memento](#) vom 25. Februar 2015 im Webarchiv [archive.is](#)). [Planet Wissen](#), ausgestrahlt am 28. März 2014 auf SWR und BR-alpha sowie am 7. April 2014 im WDR.
- □ [Niko Paech im Gespräch: „Neue Lebensstile brauchen Übung“](#), [Südwind Magazin](#), September 2014.
- □ Martina Bachler: [Ökonom Niko Paech: „Wir sind Trophäensammler mit Konsum-Burn-out“](#), [Format](#), 12. August 2014.
- □ [Prof. Dr. Niko Paech: „Befreiung vom Überfluss - Aufbruch in die Postwachstumsökonomie“](#), [ORF Focus](#), 29. November 2012.
- □ [Wachstumskritiker Niko Paech - Befreiung vom Überfluss](#), [Radio Stadtfilter](#), Synapsenfunk vom 20. Januar 2015.
- □ Alessandro Alviani: [Paech, profeta della decrescita radicale “Aboliti aereo, cellulare, carne e uova”](#), [La Stampa](#), 13. Dezember 2012.
- □ Stefania Medetti: [La Germania e i dieci indicatori economici oltre al pil](#), [Panorama](#), 9. Mai 2013.
- Sherelle Jacobs: [Germany's 'post-growth' movement](#), [The Guardian](#), 19. September 2012.

TAZ – 9.4.2017

Brandenburgs Wolfsriss-Gutachter

„Zu voreingenommen“

Der Bauernbund bemängelt die Haltung des Wolfsriss-Gutachters Kay-Uwe Hartleb – Grund sei sein kritischer Facebook-Kommentar zu einem taz-Artikel.

POTSDAM *dpa/taz* | Der Bauernbund Brandenburg verlangt vom Potsdamer Agrarministerium die Absetzung des vom Land bestellten Wolfsriss-Gutachters Kay-Uwe Hartleb. In einem Brief an Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger (SPD) erklärte der Verband am Freitag, dass dem Wildbiologen die erforderliche Neutralität fehle. Aufgabe des Gutachters ist es, Nutztiere im Schadensfall daraufhin zu untersuchen, ob sie durch Wölfe getötet wurden.

Hintergrund ist ein Facebook-Kommentar des Wildbiologen, in dem er taz-Redakteur Jost Maurin persönlich attackierte. Dieser hatte sich in der Ausgabe vom 25. 3. 17 kritisch mit der Ausbreitung der Wölfe in Deutschland auseinandersetzt („[Märchen vom guten Wolf](#)“). Hartleb schrieb: „Sie haben Journalismus studiert, stimmt's? Jedenfalls sehen Sie auch so aus: hohe Stirn, Nickelbrille, feine schmale Hände, die es schwer haben mit einem Spaten. Oder?“

Zudem kritisierte er die Aussage eines Bauern in dem Artikel, wonach eines seiner Kälber von Wölfen getötet wurde. In Wirklichkeit sei das Rind tot geboren worden oder kurz nach der Geburt aus unbekanntem Gründen verendet. Dem Bauern warf

Hartleb mangelnde „Weidehygiene“ vor und dass „seine Herde die Seewiesen und das Seeufer des Neuendorfer Sees dem Erdboden gleich gemacht hat“. Hartleb hatte die Rissmeldung für das Land begutachtet.

Ferner rechnet der Gutachter in seinem Beitrag die Zahl der natürlich verendeten Nutztiere gegen die vom Wolf gerissenen Tiere auf und kommt zu dem Schluss, dass die Risse nicht ins Gewicht fallen würden.

Hartleb hält sich bedeckt

„Aus diesem Schreiben ergibt sich, dass Herrn Hartleb die fachliche Kompetenz fehlt“, sagte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung. Denn im Gegensatz zu Hartlebs Kommentar heiße es in der Rissstatistik des Landesamts für Umwelt bei dem Fall: „Wolf als Verursacher nicht auszuschließen“.

Es sei inakzeptabel, dass „ein Gutachter, der einen Betrieb im Auftrag des Landes Brandenburg aufsucht, Einschätzungen über diesen Betrieb ohne Genehmigung des Landes Brandenburg veröffentlicht.“ Hartleb sei voreingenommen und lehne die Produktion von Schlachtrindern sowie das Verfahren der Mutterkuhhaltung ab. Hartleb erklärte, der Verband könne fordern, was er wolle. Mehr wollte er zu den Vorwürfen nicht sagen.

AGRARHEUTE -13.04.2017 :

Wegen der Rechtslage in Niedersachsen mussten Polizisten nach einem Verkehrsunfall 45 Minuten lang zusehen, wie ein Wolf seinen Verletzungen erlag.

Am Dienstag kam es um 07:12 Uhr im niedersächsischen Varnhorn zu einem [Verkehrsunfall](#): Ein 53-jähriger kollidierte mit einem [Wolf](#). [Wie jagderleben.de mitteilt](#), wurde der Wolf etwa 50 Meter mitgeschleift, bevor er schwer verletzt am Fahrbahnrand zum Liegen kam. Die an der Unfallstelle eingetroffenen Ordnungshüter, unter denen ein offizieller Wolfsberater war, konnten das Tier allerdings nicht erlösen, denn dafür muss in [Niedersachsen](#) ein Amtstierarzt oder ein Veterinärmediziner mit Sachkundenachweis hinzugezogen werden.

"Dem Tier tatenlos beim Sterben zuzusehen, fiel den Kollegen nicht leicht"

Bis es dazu kam, erlag der Rüde vor Ort seinen Verletzungen. "Dem Tier 45 Minuten tatenlos beim Sterben zuzusehen, fiel den Kollegen vor Ort nicht leicht", so die zuständige Sprecherin der Polizei gegenüber [jagderleben](#). Daher sei man mit der Vorgehensweise seitens der Polizei auch "nicht glücklich".

Die Höhe des entstandenen Sachschadens ist derzeit nicht bekannt. Der PKW-Fahrer blieb bei dem Zusammenstoß unverletzt.

Mit Material von [Polizeiinspektion Cloppenburg/Vechta](#), [jagderleben.de](#)

Kreiszeitung -13.04.17

Geld liegt auf Konto der Anwälte

Landvolk: Beklagte haben sechs Millionen Euro gezahlt

Sulingen - Von Anke Seidel. Mehr als sechs Millionen Euro sind nach dem Urteil des Oberlandesgerichts Celle nun auf dem Konto der Anwälte des Landvolks Grafschaft Diepholz eingegangen. Das erklärte Landvolk-Vorsitzender Theo Runge auf Nachfrage. Die Beklagten – Lothar Lampe als ehemaliger Geschäftsführer der Landvolk-Dienstleistungsgesellschaft sowie Gerard Meindersma als Geschäftsführer der Firma Westwind – haben sich demnach nicht an den Bundesgerichtshof gewandt, sondern die im Celler Urteil festgelegte Summe gezahlt. Den Löwenanteil trägt demnach Lampe.

Wie viel Geld dem Landvolk unter dem Strich bleibt, steht noch nicht fest. Zunächst müssten noch rechtliche Vorschriften eingehalten werden, hieß es. Außerdem müsse das Landvolk Steuern auf die umstrittene Summe zahlen, sagte Theo Runge – wie viel, sei noch unklar.

„Wir haben aber schon Ideen, was wir mit dem Geld machen wollen“, erklärte der Landvolk-Vorsitzende – und sprach von nachhaltigen Bildungsprojekten, von denen alle Landwirte profitieren sollen. Über die Verbraucher: In „grünen Klassenzimmern“ und anderen Aktionen will das Landvolk sowohl Kindern als auch Erwachsenen fundierte Informationen über die moderne Landwirtschaft vermitteln, schlägt Theo Runge vor. Denn wer genau wisse, wo und wie Nahrungsmittel produziert und wie Nutztiere gehalten würden, „der wird die Landwirte nicht mit unrealistischen Forderungen belasten“. Der nachhaltige Dialog zwischen Landwirten und Verbrauchern auf Augenhöhe ist dem Landvolk-Vorsitzenden enorm wichtig: „Das sind unsere Kunden.“

Der Streit geht weiter

Auch wenn das Landvolk und seine Anwälte jetzt einen großen Teil der Gerichtsakten schließen können: Der Streit um windige Geschäfte mit der Windkraft geht dennoch weiter. Zwei Verfahren seien noch offen, berichtet Theo Runge.

Das Landvolk streitet zum einen um die Rückzahlung von 517 000 Euro durch den ehemaligen Landvolk-Geschäftsführer Wilhelm Bergmann und zum anderen um 530 000 Euro, die Lothar Lampe als ehemaliger Geschäftsführer der Landvolk-Dienstleistungsgesellschaft erstatten soll. Es geht um Geld aus einem komplizierten Geschäftsgeflecht zwischen der Firma Westwind und den beklagten Funktionären, die nach Überzeugung des Landvolks Zahlungen (als Ausschüttung deklariert) zu ihrem persönlichen Vorteil erhalten haben.

Im Falle Bergmann werde darüber am 19. Juli vor dem Oberlandesgericht Celle verhandelt, so Runge – in einem Berufungsverfahren. Im Falle Lampe sei das Verfahren vor dem Landgericht Verden noch nicht eröffnet.

Absolut nicht nachvollziehen kann der Landvolk-Vorsitzende, dass ein weiteres Verfahren bisher noch nicht eröffnet ist: Das Strafverfahren vor dem Landgericht in Verden – „und das nach insgesamt fünf Jahren!“, blickt Runge auf den Beginn der Ermittlungen. Er übt deutliche Kritik an der offensichtlichen Dauer-Verzögerung:

„Unsere Anwälte kennen so etwas nicht. Bei anderen Staatsanwaltschaften läuft das anders.“ In der Regel, so Runge mit Blick auf die bundesdeutsche Rechtsprechung, würden die Strafverfahren vor den zivilrechtlichen Auseinandersetzungen laufen.

Runge: „Mein Rechtsverständnis ist anders“

„Das ist sehr ungewöhnlich“, beschreibt er die Tatsache, dass im Windkraft-Rechtsstreit schon mehrere Zivilverfahren abgearbeitet und ausgeurteilt sind – ohne dass die Justiz bisher strafrechtlich entschieden hat. „Mein Rechtsverständnis ist anders!“, kritisiert Runge diese Dynamik – und vergleicht sie mit anderen, deutlich geringeren Vergehen: „In Verkehrsachen wird sehr schnell entschieden.“ Das Landvolk hofft, dass der Strafprozess so schnell wie möglich beginnt – und nicht erst im Herbst, wie avisiert.

Unabhängig davon haben die Anwälte des Landvolks noch eine völlig andere Frage zu klären: Haben Kommanditisten in Windparks des Landvolks noch Ansprüche? Möglicherweise sei das in drei der insgesamt zehn Windparks der Fall, so eine erste Einschätzung des Landvolk-Vorsitzenden.

„Unsere Anwälte werden das ganz genau prüfen“, sagte Runge. Das Ergebnis werde dann sowohl dem Landvolk-Vorstand als auch der Kreisverbandsversammlung vorgelegt – und mit einer Empfehlung dieser Gremien an die Landvolk-Betriebsgesellschaft weitergegeben. Sie ist zuständig für die Kommanditisten. „Wir wollen das rechtlich ganz sauber trennen“, begründete der Landvolk-Vorsitzende diese Vorgehensweise, „da darf es keine Verquickung geben!“

Zur Dominanz deutscher Export-Firmen und deutscher Politik in der EU:

*FAZ - 11.04.2017, von **MICHAELA WIEGEL**, PARIS*

Linkspopulist Mélenchon **Wahlkampf mit Antigermanismus**

Der französische Wahlkampf geht in die heiße Phase. Plötzlich erscheint Jean-Luc Mélenchon als Favorit. Der Linkspopulist macht Stimmung gegen die „deutsche Dominanz“ – und findet damit deutlichen Anklang bei den Franzosen.

Pünktlich zum offiziellen Wahlkampfauftakt in Frankreich hat sich der linke Volkstribun Jean-Luc Mélenchon seinen Traum erfüllt. Der 65 Jahre alte Präsidentschaftskandidat liegt in der Gunst der Franzosen ganz vorn, so dass Meinungsforschungsinstitute ihn jetzt als möglichen Anwärter für den entscheidenden Wahlgang am 7. Mai sehen. Gegen die Rechtspopulistin Marine Le Pen würde er mit 57 Prozent der Wählerstimmen siegen. Den angeschlagenen rechtsbürgerlichen Kandidaten François Fillon (17 Prozent) hat Mélenchon (18 Prozent) überholt und zum Führungsduo aus dem Unabhängigen Emmanuel Macron und der Rechtspopulistin Marine Le Pen (beide 24 Prozent) beinahe aufgeschlossen.

Der ehemalige Trotzki hat es geschafft, wie der einzig ernstzunehmende Linke auszusehen. Der sozialistische Präsidentschaftskandidat Benoît Hamon verliert immer mehr Anhänger und liegt abgeschlagen zurück. Dabei ist Mélenchons protektionistisches, antikapitalistisches Projekt der Albtraum des französischen Bürgertums. „Große Klappe, keine Stimmen“, spottete unlängst der frühere Haushaltsminister Eric Woerth (Republikaner) über Mélenchon. Doch inzwischen wird der linke Revoluzzer von den politischen Gegnern ernst genommen.

Mehr zum Thema

- *Emmanuel Macron: Lasset die Kinder zu ihm kommen*
- *Frankreich: Links-Kandidat Mélenchon holt auf*
- *Vor Frankreich-Wahl: Außenseiter Mélenchon überholt erstmals Fillon*
- *Muslimen in Frankreich: In der Rolle der Entrechteten*
-

„La France insoumise“, ein Frankreich, das sich nicht unterwirft, lautet der Wahlslogan Mélenchons, und dabei schwingt eine gehörige Portion Antigermanismus mit. Mélenchon hat sich aus Protest gegen die Europapolitik der Sozialisten politisch selbständig gemacht. Das ist jetzt fast zehn Jahre her, aber Kritik an EU und insbesondere an Bundeskanzlerin Angela Merkel zählt zu seinen bewährten Erfolgsrezepten. Mélenchon versteht es so gut wie kein anderer auf der Linken, den Volkszorn zu schüren. Seine Wahlkampfauftritte wie zuletzt in Marseille sind meisterhafte Inszenierungen eines begnadeten Redners. Um an mehreren Orten gleichzeitig präsent zu sein, setzt er modernste Hologrammtechnik ein. Am 18. April wird er dank seiner Hologramme an gleich sieben Orten Kundgebungen abhalten.

Mélenchon verspricht Säuberungsoffensive

Der Gründer der französischen Linkspartei verspricht den Franzosen ein Ende der „präsidialen Monarchie“ und der damit verbundenen politischen Korruption. Nach den Affären um Fillon und während des Mandats Präsident François Hollandes kommt seine Säuberungsoffensive gut an. Mélenchon verheißt eine VI. Republik mit strikten Ethikregeln für die Volksvertreter und noch strikteren Sanktionen. Sein kommunistisch inspiriertes Wirtschaftsprogramm will er durch „Neuverhandlung“ aller europäischen Verträge durchsetzen. Sollten die EU-Partner bei seinen Vorstellungen über eine über Schulden finanzierte Ausgaben- und Umverteilungspolitik nicht mitspielen, hat er in einem „Plan B“ den Frexit vorgesehen. Die EU-Kritik verbindet er mit einem ehrgeizigen Umweltprogramm. Er verspricht den Atomausstieg.

Mélenchons Vorbilder sind Fidel Castro und Hugo Chávez. Er instrumentalisiert gern die Revolutionsromantik, die auf der französischen Linken noch lebendig ist. Zugleich gibt er sich aber auch als großer Patriot. „Die Reichen, die Wichtigen, die Mächtigen, die haben kein anderes Vaterland als das Geld. Sie lieben ihr Vaterland nicht“, sagte Mélenchon. Die EU sieht er als Schöpfung dieser herrschenden Klasse. Mélenchon behauptet zudem, dass die EU allein von Deutschland dominiert werde und die Bundesregierung alle EU-Länder ihren Interessen unterwerfe.

Vor zwei Jahren widmete Mélenchon Deutschland ein eigenes Buch mit dem provokanten Titel „Bismarcks Hering – Das deutsche Gift“. Der Titel ist der Tatsache geschuldet, dass die Bundeskanzlerin dem französischen Präsidenten bei dessen Besuch an der Ostsee Bismarckheringe schenkte. Mélenchon interpretierte das Gastgeschenk als eine Anspielung auf den Reichskanzler um, der den deutsch-französischen Krieg gewonnen habe. „Der Hering hat Gräten, die einem im Hals

steckenbleiben. Bismarck war der Angreifer Frankreichs. Nach seinem Sieg hat er den ersten Kaiser der Deutschen im Spiegelsaal des Königsschlusses von Versailles krönen lassen“, schrieb Mélenchon.

Der Linkspopulist verspricht den Franzosen, sich der deutschen Regierung nicht länger unterzuordnen. Er ist seit langem sehr präsent in den sozialen Netzwerken, auf Youtube feiert er große Erfolge. Als die deutsche Fußball-Nationalmannschaft bei der Europameisterschaft 2016 gegen Frankreich unterlag, twitterte Mélenchon: „Die Moral des Spiels: ein unbesiegbare Gegner existiert nicht für diejenigen, die siegen wollen.“ Der 1951 im damals französischen Protektorat in Marokko geborene Mélenchon ist Oskar Lafontaine freundschaftlich verbunden, der ihn bei der Gründung der Linkspartei beriet. In Marseille ließ sich Mélenchon als „Friedenspräsident“ feiern. Er verspricht, Frankreich aus der Nato zu führen, um nicht an kriegerischen Handlungen mitwirken zu müssen. „Frankreich muss seine Unabhängigkeit wiedererobern“, sagte er.

hib - heute im bundestag Nr. 231

Neues aus Ausschüssen und aktuelle parlamentarische Initiativen

Mo., 10. April 2017

Rinderhaltung in Laufställen im Trend

Berlin: (hib/EIS) In der Rinderhaltung lässt sich ein allgemeiner Trend zur Unterbringung in Laufställen feststellen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung ([18/11818](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([18/11537](#)) zum Tierwohl hervor. Demnach seien im Jahr 2010 rund drei Millionen Haltungsplätze in Anbindeställen gezählt worden. Der Anteil an den Haltungsplätzen insgesamt habe damit 21,4 Prozent betragen. Der überwiegende Teil dieser Tiere habe in kleineren Betrieben gestanden. In der Antwort heißt es dazu, dass im Jahr 2010 deutschlandweit in Betrieben unter 50 Haltungsplätzen rund 73 Prozent der Milchkühe in Anbindehaltung gehalten wurden, während es in Betrieben mit 50 und mehr Haltungsplätzen rund vier Prozent gewesen seien. Weil nach den Ergebnissen der Viehbestandserhebungen die Zahl der Milchkühe in Haltungen von weniger als 50 Tieren zwischen Mai 2010 und November 2016 von knapp 34 Prozent auf 21 Prozent gesunken sei, geht die Regierung in ihrer Antwort davon aus, dass damit auch der Anteil der Milchkühe in der Anbindehaltung weiter gesunken sein muss.

Albert-Schweitzer-Stiftung für unsere Mitwelt:

Welternährung

Die Sicherung der Welternährung ist eine der drängendsten globalen Herausforderungen der Gegenwart. Laut der Welternährungsorganisation (FAO) leiden derzeit rund [800 Mio. Menschen](#) weltweit an Hunger. Die Ursachen dafür sind vielfältig: politische Krisen (schlechte Regierungsführungen, Krieg), Naturkatastrophen und der Klimawandel, soziale Probleme (Armut, ungerechte

Nahrungsmittelverteilung) und eine generelle globale Ressourcenverknappung. All dies trägt mitunter dazu bei, dass auch die Zukunft der Welternährung vielfachen Risiken ausgesetzt ist.

Mindestens einem Risiko, der globalen Ressourcenverknappung, lässt sich prinzipiell leicht und alltäglich entgegenwirken. Ein Ansatz: die Produktion und den Konsum von Tierprodukten deutlich reduzieren und zugleich nachhaltigere Ernährungsstile vor allem in den Industriestaaten fördern.

Tierproduktion und -konsum verschwenden Ressourcen

Wie stark allein die globale Produktion von rund [320 Mio. Tonnen Fleisch](#) (2016) in Konkurrenz zur Ernährungssicherheit steht, kann anhand eines einfachen Zusammenhangs verdeutlicht werden:

Bereits [36 %](#) der weltweiten Getreideernte werden – mit steigender Tendenz – für die Tierfütterung eingesetzt. Hinzu kommen [70 bis 75 %](#) der globalen Sojaernte. Die Umwandlung dieser pflanzlichen Ressourcen in Tierprodukte geht mit Verlusten der Nahrungsenergie einher: Zwischen [65 und 90 % der pflanzlichen Nahrungsenergie und des Proteins](#) benötigen die gefütterten Tiere durchschnittlich u. a. für den eigenen Stoffwechsel – nur 10 bis 35 % werden zu Fleisch und weiteren Tierprodukten umgewandelt.

Würden die verfütterten pflanzlichen Ressourcen (oder die dafür verwendeten Ackerflächen) direkt für die menschliche Ernährung bereitgestellt werden, so ließen sich damit prinzipiell mehr Menschen ernähren als über den »Umweg Tier«.

Ressource »Ackerfläche« wird verknappt

Problematisch sind die Umwandlungsverluste auch insofern, als dass von den global nutzbaren 1,4 Mrd. ha Ackerfläche bereits ein Drittel dem Anbau von Futtermitteln dient. Ebenfalls [rund ein Drittel](#) der globalen Ackerfläche ist mittelgradig bis stark degradiert – [nicht zuletzt aufgrund intensiver Bewirtschaftungsmethoden](#), mit denen andauernd maximale Erträge u. a. auf den Futtermittelflächen erzielt werden sollen.

Um nicht noch weitere Ackerflächen für den Futtermittelanbau verwenden zu müssen und den Bewirtschaftungsdruck auf den genutzten Flächen insgesamt zu senken, ist eine Umkehr vom global noch immer steigenden Trend zu mehr Tierkonsum angezeigt. Die Erschließung weiterer Acker- oder auch Weideflächen – etwa über die [laufende Rodung des Regenwaldes](#) – kann indes keine Lösung sein: zu groß sind die Umweltschäden durch die dabei in Kauf genommene Zerstörung von Biotopen, die gravierenden Verluste an Artenvielfalt und die dabei freigesetzten, großen Mengen CO₂.

Potenziale nachhaltiger Ernährungsweisen

Verschiedene wissenschaftliche Studien der vergangenen Jahre zeigen die Potenziale auf, die sich aus einer erheblichen Reduktion der Tierproduktion und des -konsums ergeben:

Laut einer [Studie der Universität Edinburgh](#) (2017) werden derzeit bei der globalen Nahrungsproduktion rund 1,1 Mrd. Tonnen Feldfrüchte eingesetzt, um daraus nur 240 Mio. Tonnen an Tierprodukten wie Fleisch, Milch und Eier zu erhalten – die Verluste pflanzlicher Nahrungsenergie und Proteine bei der Tierproduktion werden anhand dieser Zahlen besonders deutlich.

Eine [Studie der Universität Minnesota](#) (2013) berechnete, dass schon heute vier Mrd. Menschen mehr ernährt werden könnten, wenn die gesamte Getreide- und Sojaernte für die direkte menschliche Ernährung bereitstünde. Die Universitäten Göttingen und Hohenheim zeigten zudem über [eine eigene Studie](#) (2013) auf, dass bereits eine Verringerung des Fleischkonsums um 20 % in den Industriestaaten »[zu einer spürbaren Verbesserung der Ernährungssituation in Entwicklungsländern](#)« führen könnte.

Bezüglich der Frage, ob im Jahr 2050 alle Menschen ernährt werden könnten, wenn die weitere Abholzung von Wäldern für die Erschließung von Acker- und Weideflächen gestoppt würde, kamen Forscher der Alpen-Adria Universität Klagenfurt und des Research Institute of Organic Agriculture in [einer gemeinsamen Studie](#) (2016) zu einem ebenfalls richtungweisenden Ergebnis:

Von insgesamt 500 berechneten Szenarien erwiesen sich sämtliche Szenarien mit einer veganen Ernährung (inkl. vegane Ernährung und vollständige Bioproduktion) und 94 % der Szenarien mit einer vegetarischen Ernährung als »machbar«. Bei allen anderen Ernährungsweisen sank die Quote der machbaren Szenarien deutlich.

Unsere Arbeit

Über unsere [Vegan-Projekte mit Unternehmen](#) und die [Vegan Taste Week](#) tragen wir dazu bei, eine der momentan bedeutendsten nachhaltigen Ernährungsweisen gesellschaftlich zu etablieren. Neben der primären Förderung des Tierschutzes verwirklichen wir damit auch die aufgezeigten Potenziale für die Welternährungssicherung.

Speziell auf politischer Ebene fordern wir nicht zuletzt, klare Reduktionsziele für die Tierproduktion und den -konsum zu setzen, Mittel für die Etablierung nachhaltigerer Produktions- und Konsumweisen bereitzustellen und bei der Ernährungsbildung verstärkt vegetarische und insbesondere vegane Ernährungsweisen zu fördern.

Weitere Beiträge zum Thema Welternährung finden Sie [hier](#).

Deutsche Statistik der Entwicklungszusammenarbeit geschönt?

Von: [EURACTIV mit AFP](#) - 12. Apr. 2017

Die Bundesregierung hat bei der Entwicklungsfinanzierung nach Angaben der OECD erstmals das von der UNO gesetzte Ziel von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) erfüllt.

Die Steigerung auf mehr als 22 Milliarden Euro kam durch die Anrechnung der Ausgaben für Flüchtlinge im Inland zustande, wie das Bundesentwicklungsministerium am Dienstag mitteilte.

Kritiker warfen Berlin vor, sich die Zahlen schönzurechnen. Laut den vorläufigen Berechnungen der Organisation für wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erhöhte Deutschland 2016 seine Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) um 36 Prozent. Die Bundesrepublik ist damit der zweitgrößte Entwicklungspartner weltweit.

OECD-Bericht: Flüchtlingskrise verschlingt europäische Hilfsgelder

Europäische Staaten nutzen einen Großteil ihrer Entwicklungsgelder zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Die großen Verlierer sind die ärmsten Länder der Welt.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) sagte, Deutschland werde „seiner wachsenden internationalen Verantwortung gerecht“, müsse sein Engagement aber weiter ausbauen. Auch ohne Flüchtlinge müsse Deutschland das 0,7-Prozent-Ziel „auf absehbare Zeit erreichen“, forderte Müller.

Ohne die Anrechnung der Flüchtlingsausgaben im Inland läge die deutsche ODA-Quote bei nur 0,52 Prozent gegenüber 0,43 Prozent im Jahr 2015. Seit Beginn der Legislaturperiode 2013 ist der Etat des Bundesentwicklungsministeriums um über ein Viertel gewachsen – von 6,3 Milliarden auf 8,5 Milliarden Euro. Die in der OECD erlaubte Anrechnung der Flüchtlingsausgaben auf die ODA-Quote ist aber umstritten.

Kritik von NGOs und Politik

Die Hilfsorganisation Oxfam kritisierte, dass rund ein Viertel der deutschen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit nicht in die Entwicklung armer Länder fließe. Die Organisation Save the Children sprach von einem „Scheinerfolg“, der Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe (Venro) von „Rechenschwindel“. Die deutsche Sektion der US-Lobby- und Kampagnenorganisation ONE nannte es „bedenklich“, dass die Zahlungen an die am stärksten von Armut betroffenen Länder um vier Prozent gesunken seien.

Die entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Heike Hänsel, erklärte, die notwendigen Ausgaben für Flüchtlinge im Inland hätten mit Armutsbekämpfung im Süden nichts zu tun. „Dass es fast 50 Jahre später noch solcher Rechentricks bedarf und die Regierung gleichzeitig viel mehr Geld für Aufrüstung ausgibt, ist ein Skandal.“

Entwicklungshilfe oder nicht? OECD uneins über Flüchtlingskosten

Die großen Geberländer bleiben unentschieden, ob sie die Kosten der Flüchtlingsunterbringung in ihren Berechnungen der Entwicklungszusammenarbeit (ODA) berücksichtigen sollten. Nun wird die Reform verschoben. EURACTIV Frankreich berichtet.

Auch in anderen EU-Staaten sorgten die Ausgaben für Flüchtlinge für einen Anstieg der Quote. Die EU-Kommission teilte am Dienstag in Brüssel mit, die Gemeinschaft

habe ihre Ausgaben in diesem Bereich um elf Prozent auf mehr als 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU gesteigert.

Großteil der Mittel fließt in Flüchtlingsausgaben

Die OECD-Mitgliedstaaten steigerten ihre Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit nach Angaben der Organisation insgesamt um 8,9 Prozent. Für Flüchtlinge wurden im vergangenen Jahr 27,5 Prozent mehr Finanzmittel bereitgestellt als im Vorjahr. Ohne die Anrechnung der Flüchtlingsausgaben lag die Steigerung in der OECD bei 7,1 Prozent.

Unter den EU-Staaten übertrafen oder erreichten neben der Bundesrepublik auch Luxemburg (ein Prozent), Schweden (0,94 Prozent), Dänemark (0,75 Prozent) und Großbritannien (0,7 Prozent) die Zielmarke von 0,7 Prozent.

Die OECD gibt am Jahresende die endgültigen ODA-Zahlen bekannt. Die Vereinten Nationen hatten 1970 das Ziel ausgegeben, dass die Industriestaaten 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit ausgeben sollen. Die EU hat sich 2005 dazu verpflichtet, bis 2015 den Richtwert zu erreichen.

Positionen

Christoph Kannengießer, Hauptgeschäftsführer des **Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft**: "Jetzt bedarf es konkreter Schritte, nicht zuletzt um deutsche Unternehmen dabei zu unterstützen, auf dem afrikanischen Kontinent zu besseren wirtschaftlichen Perspektiven beizutragen. Seit langem fordern wir Verbesserungen beim Garantieinstrumentarium. Sicher bedarf es auch zusätzlicher Initiativen für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und zur Erleichterung der Finanzierung von Investitionen. Auch die Finanzierungsbedingungen für lokale Unternehmen sollen dringend stärker in den Blick genommen werden. Denn Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen auch in Entwicklungsländern am Ende vor allem Unternehmen."

FR - 31.03.2017 - Stefan Sauer.

Rügenwalder Mühle „Damit haben wir nicht im Traum gerechnet“

Rügenwalder-Mühle-Chef Godo Röben spricht im FR-Interview über den großen Erfolg seiner Veggie-Wurst und eine Ernährungswende in Deutschland.

Die Rügenwalder Mühle zählt zu den bekanntesten deutschen Wurst- und Fleischwarenherstellern. Ursprünglich war das im 19. Jahrhundert gegründete Unternehmen im westpommerschen Rügenwalde (heute Darlowo) beheimatet. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs musste der Standort an der polnischen Ostseeküste aufgegeben werden, um zunächst im niedersächsischen Westerstede und ab 1956 im ostfriesischen Bad Zwischenahn einen Neuanfang zu wagen.

Geschäftsführer sind Lothar Bentlage und Godo Röben. Röben war es, der 2014 den Versuch vorantrieb, mit fleischoffenen Produkten neue Käufer zu erreichen.

Herr Röben, mit der Rügenwalder Mühle verbinden Verbraucher seit eh und je Teewurst, Mett und andere Fleischwaren. Seit Ende 2014 bieten Sie auch vegetarische Produkte an. Warum brechen Sie mit Ihrer jahrzehntelangen Tradition?

Genau genommen ist es eine 183 Jahre alte Tradition. Das Unternehmen gibt es schon seit 1834. Für die Entscheidung, vegetarische Wurst, Schnitzel und Frikadellen ins Programm aufzunehmen, sprechen aus unserer Sicht drei große Entwicklungen, die man als Fleischunternehmen beim besten Willen nicht ignorieren kann.

Ein Schnitzel aus konventioneller Haltung stößt daher heute auf größere Vorbehalte als noch vor 20 Jahren. Godo Röben

Die wären?

Erstens spielt das Tierwohl für den Verbraucher heute eine größere Rolle denn je. Dazu haben Lebensmittelskandale und Medienberichte zu Haltungsbedingungen in konventionellen Betrieben beigetragen, aber auch soziale Netzwerke, über die zum Beispiel Bilder aus der Massentierhaltung verbreitet und kommentiert werden. Ein Schnitzel aus konventioneller Haltung stößt daher heute auf größere Vorbehalte als noch vor 20 Jahren. Die zweite große Veränderung betrifft das Klima. Nutztiere tragen mehr klimaschädliche Gase in die Atmosphäre als der gesamte Verkehr. Drittens hat gesunde Ernährung einen höheren Stellenwert als früher. Ernährungsmedizinisch betrachtet, essen die Menschen in Deutschland und in anderen Industrieländern mehr Fleisch und Wurst, als ihnen gut tut. Das Bewusstsein, dass das so ist, wächst.

Aus dem Munde des Geschäftsführers eines Unternehmens, das auch Fleisch verarbeitet, klingt das beinahe geschäftsschädigend.

Das glaube ich nicht. Es hat doch keinen Sinn, die Wirklichkeit zu leugnen. Das haben andere Branchen schmerzhaft erfahren müssen. Ein Beispiel sind die großen deutschen Energiekonzerne, die viel zu lange an der Atomkraft festgehalten haben und jetzt mit dem Rücken zur Wand stehen. Oder die hiesigen Autobauer, die die E-Mobilität lange verschlafen haben und sich jetzt enorm anstrengen und ins Zeug legen müssen, um Versäumtes aufzuholen. Einen solchen Fehler wollen wir nicht machen. Wir haben uns für innovative Produkte entschieden, von denen wir glauben, dass sie gewandelten Bedürfnissen und Ansprüchen in großen Teilen der Kundschaft entsprechen. Die Rügenwalder Mühle will niemanden zum Fleischverzicht nötigen oder zum Vegetarismus bekehren. Aber wir wollen den Kunden fleischlose Alternativen bieten, die auch dem Wurst-Fan schmecken.

Auch wenn die Alternative nicht nach Wurst schmeckt, sondern nur so aussieht.

Vor fünf Jahren, als wir Veggie-Produkte erstmals ernsthaft in Erwägung gezogen haben, hätte ich Ihnen Recht gegeben. Die meisten Produkte stammten damals von kleinen Betrieben, die bislang im Wurstmachen keine Erfahrung hatten. Das Meiste hat überhaupt nicht geschmeckt.

Was auf Ihre Erzeugnisse selbstredend nicht zutrifft.

Genau. Ich habe damals unsere Metzgermeister gefragt, ob sie eine Wurst ohne tierisches Eiweiß herstellen können, die genauso wie unsere Wurst mit Fleisch schmeckt. Das haben die Kollegen als Herausforderung begriffen, und ich muss sagen: Sie haben mit Bravour bestanden.

Finden das Ihre Kunden auch?

Wir haben in Blindtests festgestellt, dass die Verbraucher zum Beispiel bei Paprikamortadella oder Hühnernuggets keinen Unterschied zwischen Veggie- und Fleisch-Produkten bemerken. Meinem Vater, der den Vegetarismus grundsätzlich für „ausgemachten Schwachsinn“ hält, habe ich zum Abendbrot mal eine Platte mit unserer fleischfreien Wurst und den vegetarischen Mühlen-Frikadellen kredenzt, die hat er rückstandslos verputzt. War alles vegetarisch, hat er aber nicht gemerkt.

Kritiker des neuen Veggie-Trends wie die Fernsehköchin Sarah Wiener monieren, dass vegetarische Wurst in den gleichen Fabriken hergestellt und mit reichlich Aroma- und anderen Zusatzstoffen versehen wird. Es handele sich keineswegs um besonders gesunde Produkte, vor allem im Vergleich zu selbst gekochten Gerichten. Können Sie mit der Kritik etwas anfangen?

Im Grundsatz ja. Frau Wiener hat sicher Recht, wenn sie den Wert von selbst gekochtem Essen betont. Ich esse auch lieber selbst zubereitete Speisen. Aber in der Lebenswirklichkeit fehlt es vielen Menschen an Zeit und Lust, selbst zu kochen. Diese Menschen wünschen sich eine Lösung von den Lebensmittelherstellern, die es ihnen ermöglicht, mal auf Fleisch zu verzichten und stattdessen vegetarische Schnitzel, Salami oder Frikadellen zu essen, ohne lange in der Küche zu stehen.

Wie kommen die Produkte an?

Als wir Ende 2014 mit fünf Tonnen Veggie-Wurst pro Woche starteten, gab es schon die Sorge, ob wir diese Menge denn loswerden. Zwei Monate später waren wir bei 70 bis 80 Tonnen pro Woche, damit hatten wir nicht im Traum gerechnet. Mittlerweile verkaufen wir regelmäßig 100 Tonnen wöchentlich, das ist etwa ein Fünftel unserer gesamten Produktion. Wir haben unsere Veggie-Produktion erweitert, ein neues Gebäude für Verwaltung und Verpackung gekauft und unsere 460-Mann-Belegschaft auf knapp 600 Mitarbeiter erweitert. In den vergangenen Monaten ist das Wachstum des Veggie-Bereichs allerdings fast zum Stillstand gekommen.

Woran liegt's?

Vor allem an den zahlreichen Nachahmern. Rügenwalder Mühle war ja der erste bekannte Hersteller, der vegetarische Wurst und Fleischwaren auf den Markt gebracht hat. Unser Erfolg hat dann die Konkurrenz geweckt. Mittlerweile vertreiben auch die ganz großen Fleischverarbeiter wie Tönnies und Wiesenhof vegetarische Produkte, bekannte Marken wie Meica und Herta sind ebenfalls dabei. Das hat unser Wachstum natürlich gebremst.

Dann ist es mit der fleischlosen Herrlichkeit schon wieder vorbei?

Mit dem rasanten Wachstum der ersten Monate schon, mit der grundsätzlich notwendigen Veränderung der Ernährungsgewohnheiten nicht. Demnächst werden neun Milliarden Menschen auf der Erde leben. Wenn die alle so viel Fleisch konsumieren wie die Nordamerikaner oder Europäer heute, würden Böden, Gewässer und Klima hoffnungslos überlastet. Deshalb glaube ich, dass die Menschheit vor einer gewaltigen Umstellung der Ernährung steht, dass pflanzliche

Nahrungsmittel immer wichtiger werden. Wir planen für 2020, dass unsere vegetarischen Produkte 40 Prozent unseres Umsatzes ausmachen.

Warum setzen Sie nicht auch auf Biofleisch? Das wird umwelt- und tierschonender erzeugt und genügt auch höheren Ansprüchen an eine gesunde Ernährung.

Das haben wir in der Vergangenheit versucht, sind damals aber an den geringen am Markt verfügbaren Biofleischmengen gescheitert. Für die Bauern bedeutet die Umstellung auf Bio ja erst einmal hohe Investitionen, nicht selten im Millionenbereich, und eine jahrelange Übergangsphase. Mittlerweile haben aber mehr Erzeuger ihre Höfe umgestellt, so dass wir erneut einen Versuch wagen und neben konventionellen und vegetarischen Produkten auch wieder die Einführung einer Bio-Linie planen.

Um die Ernährungsgewohnheiten der Menschen mit Tierwohl, Klimaschutz und Gesundheit in Einklang zu bringen, wird ein bisschen mehr nötig sein als ein paar Veggie-Schnitzel im Kühlregal. Muss nicht die Politik den Prozess aktiv unterstützen?

Unbedingt. Es bedarf klarer gesetzlicher Standards und Regelungen, ähnlich wie sie für die Energiewende beschlossen wurden.

Was schwebt Ihnen da vor?

Wir wollen den Verbraucher nicht bevormunden, aber wir wollen informierte Kunden, die eine Wahl haben. Deshalb befürworten wir eine Kennzeichnung von Fleisch- und Wurstwaren wie es sie für Eier seit langem gibt. Einfache Codes, die anzeigen, unter welchen Haltungsbedingungen und mit welchen Futtermitteln das Lebensmittel erzeugt wurde. In dem Punkt sind wir mit den Grünen bei uns in Niedersachsen ganz auf einer Linie.

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) setzt aber auf freiwillige Vereinbarungen und unverbindliche Kennzeichnungen wie etwa das Tierwohllabel.

Der Minister traut sich längst nicht so viel, wie er sich trauen sollte. Agrarbetriebe und Ernährungswirtschaft brauchen verbindliche Zielvorgaben und teils auch finanzielle Unterstützung, um die Ernährungswende zu vollziehen. Verbraucher wollen Transparenz, sie wollen verständliche Informationen und sie wollen auf den ersten Blick erkennen, was sie sich da in den Einkaufswagen legen. Mit freiwilligen Selbstverpflichtungen allein wird das nicht gehen.

Schmidt will auch Transparenz, allerdings in anderem Sinne: Vegetarische Erzeugnisse sollen nicht länger unter den Bezeichnungen Wurst, Frikadelle oder Schnitzel verkauft werden dürfen, weil die angeblich die Verbraucher in die Irre führen.

Wenn wir anstelle von Veggie-Frikadellen oder vegetarischer Mortadella „Bratstücke auf Weizengrundlage“ oder „Sandwichbelag auf Pflanzenbasis“ anbieten, fühlen sich die Kunden bestimmt nicht besser informiert. Solche Bezeichnungen haben bloß einen abschreckenden Effekt. Eine Täuschung der Verbraucher kann ich auch nicht erkennen. Wer vegetarische Wurst kauft, weiß, was er tut. Es gibt alkoholfreies Bier und entkoffeinierten Kaffee, warum also nicht fleischlose Mortadella? In dieser Frage stehen kritische Verbraucherorganisationen wie Foodwatch und auch die Fleischindustrie hinter uns. Um es klar zu sagen: Der Minister sitzt da auf dem total falschen Dampfer.

NDR - 13.04.2017

Aussterben des Bentheimer Schweins abgewendet?

Die Lage für das Bunte Bentheimer Schwein hat sich entspannt - zumindest was die Arterhaltung anbelangt. Das vom Aussterben bedrohte schwarz-bunte Borstenvieh wird seit dem vergangenen Jahr wieder vermehrt gezüchtet. 45 neue Mitglieder sind in Niedersachsen im vergangenen Jahr hinzugekommen. Landesweit züchten jetzt 95 Betriebe die seltene alte Nutztierasse, die in der Grafschaft Bentheim ihren Ursprung hat. Weil deren Bestand 2004 bundesweit auf 27 Exemplare gesunken war, wurde der Erhaltungszuchtverein "Bunte Bentheimer" gegründet.

Der Vereinsvorsitzende Hubert Wahoff aus Andervenne (Landkreis Emsland) hält acht Sauen und zwei Eber - natürlich auf Stroh. Weil das schwarz-bunte Schwein nicht auf Spaltenböden aus Beton gehalten werden kann, eignet es sich nicht für die Massentierhaltung. Aus dieser Zucht mästet Wahoff jährlich rund 35 Tiere. Ihr Fleisch landet im Verkauf des Schinkenmuseums im Landkreis Ammerland. Weil Trittbrettfahrer in der Vergangenheit das Fleisch anderer Rassen als Produkte von Bentheimer Schweinen deklariert hatten, kennzeichnen die Züchter ihre Tiere jetzt mit gelben Ohrmarken. Deutschlandweit gibt es 500 Zuchtsauen des Bunten Bentheimer Schweins.

Link zum Thema Antibiotika-Resistenz:

<http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/infektionskrankheiten/article/933490/nutztierhaltung-europa-resistenzraten-antibiotika-bleiben-hoch.html>

Agrarheute : von Hermann Krauß/agrarheute, am 12.04.2017:

Kurios Ostergras: Wenn der Quaderballen Heu über 10.000 Euro kostet

Auf der Suche nach Ostergras natur - sprich Heu - findet man im Internet derzeit Angebote um die 1,30 Euro pro Säckchen. Das wären über 10.000 Euro für den Quaderballen. So kostet ein 40-g-Säckchen "Ostergras Heu Natur" im Netz zwischen 0,99 Euro und 3 Euro. Wohlgemerkt: es handelt sich um Heu. Bei einem Preis von 1,30 Euro für das 40 Gramm Säckchen Ostergras würde sich hochgerechnet auf den Quaderballen ein stolzer Preis ergeben. Nimmt man ein Gewicht von 350 kg beim Ballen an, wären es am Ende 11.375 Euro. ...

LINKS:

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/sz-reihe-ueber-globalisierung-ist-die-globalisierung-am-ende-1.3453869>

http://www.deutschlandfunk.de/krise-in-ostafrika-menschengemachte-hungersnot.724.de.html?dram:article_id=383366

<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/gefaelscht-oder-gammelig-der-betrug-mit-lebensmitteln-nimmt-zu/19633014.html>

<http://www.mdr.de/wissen/zecken-106.html>

Pressemeldung 13.05.2017

Wiesen & Weiden in Niedersachsen - Grünland nutzen & schützen

Einladung zur Grünlandtagung in Leer

Was muss Politik leisten, um Grünlandnutzung aus Sicht der Landwirtschaft und des Naturschutzes zukunftsfähig zu erhalten? Darüber wollen wir diskutieren am

**Samstag, 13. Mai 2017, ab 9.30 Uhr
im Miniaturland in Leer, Konrad-Zuse-Straße 1, 26789 Leer (Ostfriesland).**

Mit der Bewirtschaftung von Grünland erhalten Weidetierhalterinnen und -halter in Niedersachsen einen großen Teil der Kulturlandschaft. Aber auch für den Tierschutz sowie für den Wasser-, Hochwasser-, Boden-, Arten- und Biotopschutz leisten sie einen wichtigen Beitrag. Gleichzeitig wächst jedoch die Herausforderung der Weidetierhalterinnen und -halter, ökonomische und ökologische Ziele der Grünlandnutzung miteinander in Einklang zu halten.

Die nach wie vor angespannte Situation auf dem Milchmarkt und die Weigerung von EU und Bund für die Einführung wirksamer Kriseninstrumente zur Gewährleistung eines auskömmlichen und stabilen Milchpreises erschweren die wirtschaftliche Zukunft vieler Milchviehbetriebe. Für Landwirtinnen und Landwirte in der Küstenregion stellen zudem die Schäden der regelmäßigen Gänseäsungen auf ihren Grünlandflächen eine zusätzliche Belastung dar.

Gleichzeitig hat das Land mit dem Weidemilchprogramm und vielfältigen Fördermaßnahmen für Grünland und Schafhaltung die Weidehaltung deutlich gestärkt. Auch hat das Land bei der Düngeverordnung und anderen Umweltauflagen erfolgreich eine Benachteiligung des Grünlandes und der Weidehaltung verhindert.

Wie können die wertvollen Leistungen einer nachhaltigen Grünlandnutzung (wie Artenerhalt, Grundwasserschutz, freier Auslauf für Nutztiere) unter diesen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen weiter gestärkt werden? Was muss Politik aus Sicht der Landwirtschaft und aus Sicht des Naturschutzes leisten,

um die gesellschaftlichen Anforderungen an eine ökonomisch und ökologisch zukunftsfähige Grünlandnutzung zu sichern, damit Niedersachsen Weideland Nr. 1 bleiben kann?

Auf Ihre Fragen und Anregungen freuen sich mit uns die RednerInnen:

- Anja Piel, Fraktionsvorsitzende
- Christian Meyer, Landwirtschaftsminister
- Stefan Wenzel, Umweltminister
- Meta Janssen-Kucz, MdL und regionale Abgeordnete
- Hans-Joachim Janßen, MdL und Sprecher für Agrarpolitik und Naturschutz
- Ottmar Ilchmann, AbL
- Erich Hinrichs, Landvolk
- Gisela Wicke, NLWKN
- Bernhard Osterburg, Thünen-Institut
- BDM (n.N.)

Weitere RednerInnen folgen.

Organisatorisches:

Wenn Sie an unserer Tagung teilnehmen möchten, teilen Sie uns dies bitte formlos unter Nennung Ihres Namens und Ihres Berufsstandes (z.B. Landwirt/Organisation) an die folgende Mail-Adresse mit: wiebke.saathoff@lt.niedersachsen.de

Für die Verköstigung im Rahmen der Tagung erheben wir einen Tagungsbeitrag von 10 Euro pro Person, der in bar bei der Anmeldung vor Ort bezahlt wird. Für Studierende, SchülerInnen, Auszubildende, Arbeitslose und BesucherInnen mit einem Grad der Behinderung von 50 Prozent gilt ein reduzierter Tagungsbeitrag von 5 Euro.

Das Tagungsprogramm folgt in Kürze auf dieser Seite: gltn.de/gruenlandtagung

PRESSEMITTEILUNG

**Kostenloses Seminar für Öko-Betriebe in Niedersachsen:
Erfolgreiche Hoffeste – gute Organisation ist das A und O**

Barsinghausen Holtensen. „Erfolgreiche Hoffeste“ sind das Thema eines halbtägigen Seminars, das das Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen (KÖN) am 11. Mai 2017 anbietet. Veranstaltungsort ist das Café LebensArt, Bultfeld 2, in 30890 Barsinghausen Holtensen. Das Seminar ist kostenlos. Im Seminar werden anhand von Fotos gelungene Aktionen, Hoffeste und andere Hof-Veranstaltungen besprochen. Wilfried Stegmann vom KÖN erläutert die wichtigsten Erfolgsfaktoren, die sich leicht umsetzen lassen. Er informiert über den rechtlichen Rahmen, gibt Tipps für die Organisation und stellt das Unterstützungsangebot des Aktionstage-Teams vor. Am Ende der Veranstaltung bekommen die Teilnehmer eine Checkliste, mit der sie ihre eigene Veranstaltungsplanung überprüfen können. Das Seminar findet von 14 bis 17 Uhr statt. Eine Anmeldung ist bis zum 9. Mai erforderlich unter

aktionstage@oeko-komp.de. Das Seminar richtet sich an Öko-Betriebe, die sich vorstellen können, ihre Veranstaltung zu den „Aktionstagen Ökolandbau Niedersachsen“ 2017 anzumelden.

Ansprechpartnerin für die Redaktion:

Bettina Stiffel, Tel. 04262-959364, aktionstage@oeko-komp.de

Auf die Weide, fertig Gras! Weideaustrieb 2017



Auf die Weide, fertig, Gras – Im Norden sind die Kühe los

Endlich ist es wieder soweit: Die Stallsaison geht zu Ende und die Milchkühe warten schon ungeduldig auf den Beginn der Weidesaison. Am 23. April laden Dirk und Anja Hanken zum Weideaustrieb auf Ihren Hof ein. Dort können Sie diesen ganz besonderen Moment erleben – auch Kühe können springen und rennen, um Ihre Freude zum Ausdruck zu bringen. Dieser Tag ist aber nicht nur für die Kühe von großer Bedeutung, denn auf Hof Hanken wird der niedersächsische Landwirtschaftsminister Christian Meyer das Label PRO WEIDELAND – Deutsche Weidecharta offiziell vorstellen.

Dirk & Anja Hanken
Birkenheide 2
26931 Eilsfleth



Programm

10.00Uhr | Öffnung des Hofes für Besucher

11.00Uhr | Begrüßung
| Grußwort des niedersächsischen Landwirtschaftsministers Christian Meyer und offizielle Vorstellung des Labels PRO WEIDELAND – Deutsche Weidecharta
| Statements von Bündnispartnern und Unterstützern

12.00Uhr | Weideaustrieb moderiert durch Betriebsleiter Dirk Hanken und Arno Krause (Grünlandzentrum)

13.00Uhr | Talkrunde zum Thema Weidemilch: Moderation Barthel Pester (Aufzeichnung der Sendung Werkstatt Zukunft)

Das Programm findet im Rahmen des Weideaustriebs der Molkerei Ammerland statt.

www.gruenlandzentrum.de

Veranstaltungsflyer_Weideaustrieb_23.04.2017.pdf

23. April 2017 – Programm:

| Öffnung des Hofes für Besucher

| Begrüßung

| Grußwort des niedersächsischen Landwirtschaftsministers Christian Meyer und offizielle Vorstellung des Labels PRO WEIDELAND – Deutsche Weidecharta

| Statements von Bündnispartnern und Unterstützern

| Weideaustrieb moderiert durch Betriebsleiter Dirk Hanken und Arno Krause (Grünlandzentrum)

| Talkrunde zum Thema Weidemilch: Moderation Barthel Pester (Aufzeichnung der Sendung Werkstatt Zukunft)

Endlich ist es wieder soweit: Die Stallsaison geht zu Ende und die Milchkühe warten schon ungeduldig auf den Beginn der Weidesaison. Am 23. April laden Dirk und Anja Hanken zum Weideaustrieb auf Ihren Hof ein. Dort können Sie diesen ganz besonderen Moment erleben – auch Kühe können springen und rennen, um Ihre Freude zum Ausdruck zu bringen. Dieser Tag ist aber nicht nur für die Kühe von großer Bedeutung, denn auf Hof Hanken wird der niedersächsische Landwirtschaftsminister Christian Meyer das Label PRO WEIDELAND – Deutsche Weidecharta offiziell vorstellen. **Auf die Weide, fertig, Gras !**

Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Abbestellungen des Newsletter über: eckehard.niemann@freenet.de